



»Umfairteilen!« forderten am 29. September 40 000 Menschen in 40 deutschen Städten. Auch in Berlin verlangten Demonstranten auf dem Weg vom Potsdamer Platz durch die Innenstadt und bei einer Kundgebung auf dem Alex eine Vermögensabgabe für Super-Reiche und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Foto: Chr. v. Polentz / transifoto.de

INHALT

SEITE 3

Von Kinderspiel und Leben auf der Kippe

SEITE 4

Abserviert bei ALEX: Nur noch Werkstudenten genehm

SEITE 7

MAZ-Sozialplan: Das Machbare herausgeholt

MITTELSEITEN

150 Jahre Berliner Druckergewerkschaft: Voll des guten Geistes

SEITE 12

Komische Oper diskreditiert ihre Kleindarsteller

SEITE 16

Brandenburgisches Urteil stärkt Rechte freier Journalisten

SALAMITAKTIK AM ALEX

17 Abendblatt-Kündigungen eröffnen Entlassungswelle beim Berliner Verlag

Kaum hatte die Deutsche Journalistenunion in ver.di Befürchtungen um 50 Arbeitsplätze im Berliner M. DuMont Schauberg-Imperium (MDS) geäußert, da kamen vom Alexanderplatz die ersten Kündigungsmeldungen. Auf einer Betriebsversammlung der BVZ Anzeigenzeitungen GmbH (Berliner Abendblatt) wurden am 20. September die komplette Reaktion mit 14 JournalistInnen, zwei Empfangskräfte und eine Disponentin für entbehrlich erklärt, zusätzlich sechs Pauschalisten. »Wir erhielten die Ansage eine halbe Stunde vor den Mitarbeitern«, so Betriebsratschef Falko Hoffmann. Dabei hätte die Interessenvertretung nach dem gerade erneuerten Tarifvertrag über Weiterbeschäftigung, Qualifizierung und Sozialplan »rechtzeitig, schriftlich und umfassend« informiert und in Beratungen einbezogen werden müssen. Ganz ab-

gesehen davon, dass den Beschäftigten alternativ Arbeitsplatzwechsel im Haus oder Teilzeitregelungen angeboten werden sollten. Die Gewerkschaften, die den Sozialtarifvertrag für Berliner Verlag, tip Verlag und BVZ mit unterschrieben haben, protestierten denn auch gegen den Handstreich und forderten, die angedrohten 17 Kündigungen zurückzunehmen. Sinn der Tarifeinigung sei es gerade ge-

KEINE DEBATTE ÜBER ALTERNATIVEN

wesen, »zusätzliche Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung zu schaffen, indem Beschäftigte auch innerhalb des Hauses umgesetzt werden können«, betont Andreas Köhn, der von ver.di-Seite mit verhandelt hat.

Das zieht die Geschäftsführung des nicht tarifgebundenen Abendblatts – »wir sind das Niedriglohnsegment im Haus«, so der Betriebsratsvorsitzende – offenbar nicht in Betracht. »Gerüchte gab es schon länger, jetzt ist klar, dass die Billig-Tochter mdsCreative als Dienstleisterin künftig die redaktionellen Inhalte zu arbeiten soll.« Nicht nur Hoffmann fragt sich, mit welchen Leuten. Die Publishing-Gesellschaft mdsCreative expandiert offenbar nach Berlin, sucht per Anzeigen aber vorrangig 400-Euro-Kräfte und freie Mitarbeiter.

Dem Vernehmen nach geht es beim Abendblatt um sechsstelligen Einsparungen jährlich. Drei Gespräche mit der Geschäftsführung seien bis Mitte Oktober schon terminiert. Die Interessenvertretung, so Hoffmann, werde auf Basis des Tarifvertrages natürlich versuchen, so viele Beschäf-

tigte wie möglich im Haus zu halten, auch wenn das nicht einfach werde.

Hinsichtlich des Abendblatt-Coups hatte der Konzernbetriebsrat mit Vermutungen und Fragen an die Geschäftsführungen ziemlich richtig gelegen. In der Mitarbeiterinformation »Was ist los am Standort Berlin?« werden weitere Einschnitte thematisiert.

INDIZIEN FÜR WEITEREN PERSONALABBAU

Danach könnte es bald auch um Redakteursstellen bei Berliner Kurier und der Berliner Zeitung, um Arbeitsplätze in Dokumentation und Poststelle und um Synergien bei der Vermarktung des Stadtmagazins tip gehen.

Sieht so unsere Zukunft aus?, fragen die Betriebsräte. Auch M. DuMont Schauberg habe, wie zuvor die »Heuschrecke« Mecom den Kauf der Berliner Filetstücke 2009 überwiegend kreditfinanziert. Das Abzahlen überlasse man neuerlich den Beschäftigten. RED.

Die Branche ist in Bewegung: »Think Digital«. Ob Belletristik, Fachbuch, Tageszeitung oder Anzeigenblatt – jeder Verlag muss heute ein Angebot für I-Phone, Tablet, Laptop und MP3-Player vorhalten. Die gute Nachricht ist, dass kein Verlagshaus in Berlin-Brandenburg sich dieser technischen und kulturellen Herausforderung nicht grundsätzlich stellt. Die digitalen Strategien sind dabei nach dem jeweiligen Kundenkreis sehr differenziert. Die schlechte Nachricht ist, dass die Digitalisierung im Moment mehr Geld kostet als sie den Verlagshäusern einbringt – noch dazu, da Anzeigenerlöse im Printbereich zurückgehen und in Richtung Fernsehen und Digitales abwandern. Große Verlagskonzerne können trotzdem in medienneutrale Datenhaltung und digitalen Workflow investieren und sogar Fehlgriffe riskieren, kleine und mittelständische familiengeführte Verlagshäuser agieren am Rande des wirtschaftlich Darstellbaren.

Von Ausnahmen wie der Axel Springer AG abgesehen, kann bislang in den Verlagshäusern ein Euro, der im Printbereich verloren wird, noch längst nicht durch E-Publishing ausgeglichen werden. Doch zumindest das Tempo der Digitalisierung entwickelt sich bisher moderat. Den-

noch wächst die Unruhe unter den Beschäftigten. Sie wird in den Unternehmen wegen unklarer Ertragsituation geschürt. Es fehlt ein offener Dialog über den Verbleib der Gewinne der letzten Jahrzehnte. In maßgeblichen Häusern mangelt es zudem ganz offenbar an gelebter sozialer Verantwortung.

Redaktionen von »Computer Bild« und »Audio Video Foto Bild« auszusprechen. Die Mediengruppe Madsack hat bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung ungeachtet des Gewinns 41 Beschäftigte gekündigt, weil Arbeiten in Verlag und Verwaltung ausgelagert oder zentralisiert werden sollen (siehe S. 7). Auch bei

sichts dessen sei an den Berliner Verleger Rudolf Mosse erinnert: Mit seinem Zeitungs- und Zeitschriftenkonzern zu Anfang des 20. Jahrhunderts in schwierigen Zeiten tätig, richtete er dennoch ein Erziehungsheim für Waisenkinder und eine Pensionskasse für seine mehr als 500 Angestellten ein...

Für die Beschäftigten rund um das gedruckte Wort – ob in Druckerei, Verlag oder Vertrieb – werden sich die Arbeitsanforderungen im kommenden Jahrzehnt fundamental ändern. Die bestehenden Tarifverträge sollen diesen technischen und sozialen Wandel mitgestalten und Mindestarbeitsbedingungen regeln. Wie das gelingt, wird maßgeblich davon abhängen, dass ver.di und dju weiterhin das Vertrauen der Beschäftigten und Betriebsräte in der Verlagsbranche erringen und dass eine kämpferische Mitgliedschaft im Prozess zunehmender Digitalisierung ihre ureigenen Interessen durchsetzt.

Aktuell gilt das bereits in der anstehenden Tarifrunde Buchverlage und Buchhandel Berlin-Brandenburg. Der Entgelttarifvertrag wurde zum 31. Dezember 2012 gekündigt. Ziel von ver.di ist es, an die Gehaltsabschlüsse der letzten Jahre wieder anzuschließen und mit den Beschäftigten im Rücken mehr zu erreichen.

AUF EIN WORT

DENK DIGITAL! DIE VERLAGS- BRANCHE IST IN BEWEGUNG



Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

JÖRG REICHEL, VERDI-SEKRETÄR
FACHGRUPPE VERLAGE, DRUCK UND PAPIER

So schreckt man beim Springer Verlag vor dem Hintergrund eines Konzerngewinns von 159,6 Mio. Euro im ersten Halbjahr 2012 nicht davor zurück, 60 Kündigungen in den

Lübecker Nachrichten, der Rostocker Ostsee-Zeitung und im Mutterhaus in Hannover sollen langjährige Mitarbeiter in tariflose Neugründungen ausgelagert werden. Ange-

BUCHTIPP

GEWINN FÜR ALLE!

VERLAG WESTEND
FRANKFURT / MAIN 2012

Für jene, an denen es vorbei gegangen ist: Die UNO hat 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt, um auf die weltweite Bedeutung von Kooperativen aufmerksam zu machen. Dazu passt ein Buch mit dem Untertitel »Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft«, vor allem wenn es das Thema ziemlich umfassend behandelt. Herausgegeben hat es Konny Gellenbeck, seit 1996 zuständig für die Berliner taz-Genossenschaft, also fachlich beschlagen; naheliegender auch, dass verschiedene Beiträge von taz-Redakteuren verfasst wurden,

darunter einer über die taz selbst. Für diese Zeitung bedeutete die Gründung der Genossenschaft im April 1992 (unterdessen mit 11 600 Mitgliedern und 11 Millionen Einlagen) das Überleben als »unabhängige, selbstverwaltete, alternative Tageszeitung« – da sie auf Grund ihrer Ausrichtung weitgehend ohne Anzeigen-Einnahmen auskommen muss.

Wie die solidarische Ökonomie einstmals entstand, ist in den Beiträgen über Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch zu lesen. Visionäre und Vordenker wie Fourier, Marx, Engels, Lassalle, alle fortschrittlichen Geister der Zeit beschäftigten sich mit Sinn und Zweck von Kooperativen. Als Vater der Genossenschaftsbewegung gilt der britische Unternehmer und Sozialist (und wie ich sagen möchte Idealist) Robert Owen (1771–1858). Für einen modernen Weg »jenseits von Ideologien, Markt und Staat« steht neuerdings der Name der Wissenschaftlerin Elinor Ostrom, der 2009 für ihre Arbeit über »Commons« der Wirtschaftsnobelpreis verliehen wurde. Verständlicherweise fällt es dem Au-

tor etwas schwer, den Gehalt dieser Grundsatzarbeit populär darzulegen.

Kooperativen gibt es heute auf allen Gebieten, vom Dorfladen über die Musikwirtschaft bis zu Mediatoren. Interessant ist der Blick über Grenzen und auf unterschiedliche Gesetzeslagen. In Italien, mit seiner langen Tradition und der weltgrößten Genossenschaft Mondragon, ist das Genossenschaftswesen mit Artikel 45 in der Verfassung festgeschrieben. Dagegen hat z.B. die tschechische Regierung unter Vaclav Klaus das Grundprinzip »One man one vote« ausge-

KRITISCHER BLICK AUF DEUTSCHE GESETZ FEHLT

hebelt. Und wer weiß etwas über das Entwicklungsland Mongolei, wo 1989 alle Kolchosen aufgelöst wurden. Hilfreich war da die Initiative von Fred Forkert (ehemals DDR-Botschaft) zur Gründung von nun über achtzig Viehzüchterkooperativen – ausgerüstet mit Jeeps, Motorrädern und eigener Zeitung, zu achtzig Prozent

von Frauen geleitet. Betrübtlich stimmt dagegen der Bericht über die israelischen Kibbuzim. Waren sie doch das Vorbild von Totalgenossenschaften, die ideal Arbeit und Leben verbanden. »Dank« des Einflusses US-amerikanischer Einwanderer zeigt sich ausgerechnet hier das Eindringen kapitalistischer Wirtschaftsregeln.

Logisch, dass die elektronischen Medien, vorzugsweise das Internet mit seinen technischen Möglichkeiten, völlig neue Wege eröffneten. Umfangreich bemühen sich abschließend mehrere Autoren (nicht immer völlig einleuchtend), Begriffe wie Open-Source-Programmierschaften, das Wesen des Betriebssystems von Linux, die Schwarmintelligenz etc., als Grundlage neuer Modelle zu untersuchen.

Gewinn für alle: Ein gut lesbares und informatives Buch. Allerdings habe ich den kritischen Blick auf das deutsche Genossenschaftsgesetz vermisst.

ANNEMARIE GÖRNE

Konny Gellenbeck (Hg.): Gewinn für alle. Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft. Westend Verlag Frankfurt/Main 2012. 252 S. 12,99 Euro. ISBN 978-3-86489-010-9

Mit einer Fotoausstellung »Lebenswert. Von Kinderspiel und Leben auf der Kippe« wurde bis 21. September in der MedienGalerie ein Kinderhilfsprojekt der philippinischen Gewerkschaftsjugend UNI-PLC Youth vorgestellt. 30 000 Menschen leben auf Payatas, dem größten Müllberg Manilas, der ihnen zugleich die Existenzgrundlage liefert. Das gewerkschaftliche Hilfsprojekt kümmert sich um gefährdete Kinder, die für mehrere Monate in ein Ernährungs- und Bildungsprogramm aufgenommen werden. Martina Hartung, Präsidentin der UNI Europa Jugend (Foto rechts), hatte die Idee zur Schau, die sie mit Carsten Mahrenholz konzipierte. Wir sprachen mit beiden über die Ausstellung, die weiter wandern soll.

Martina, Du bist in Deiner Funktion bei UNI auf das Projekt aufmerksam geworden?

M.H.: Ja, UNI unterstützt die philippinischen Kolleginnen und Kollegen seit Jahren. Im Mai 2011 war ich selbst mit vor Ort und habe eine ganze Woche in Manila mit den Kindern und den Aktivisten verbracht. Diese Eindrücke vergisst man nicht. Ich hatte danach den Wunsch, selbst aktiv zu werden: Auf die Lebensumstände hinzuweisen und Spenden zusammen zu tragen.

Eure Ausstellung ist vor allem durch Kontraste geprägt. Die hast Du auch vor Ort so erlebt?

M.H.: Es gibt Müll bis zum Horizont, beißenden Gestank, ärmliche Zelte und Planen, unter denen Familien mit Kindern ganz selbstverständlich und zum Teil seit Jahrzehnten leben. Die Kinder gehen nicht zur Schule, sind meist schlecht ernährt. Aber sie haben auch viel Spaß, nutzen die Deponie, die ironischerweise »Lupang

Kinderspiel und Leben auf der Kippe

Ausstellung fördert ein Hilfsprojekt der philippinischen Gewerkschaftsjugend



Eine berührende Fotoschau, die für die breite Öffentlichkeit bei UNI gebucht werden kann.

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Pangako«, »Das gelobte Land«, genannt wird, als riesigen Abenteuerspielplatz. Trotz brennenden Mülls und giftiger Chemikalien...

Diese Kontraste sind auch Teil Eurer Ausstellungskonzeption und von Bildideen?

C.M.: Grundlage der Schau bilden Fotos, die drei philippinische Aktivisten in den sechs Jahren, die das Projekt bereits läuft, von den Kindern gemacht haben. Es sind berührende Porträts darunter, es wird auch viel kindliche Unbekümmertheit gezeigt. Uns war es wichtig, kein überzogenes Bild von Leid zu zeigen und trotzdem im Subtext immer die Lebensumgebung zu beleuchten. Als Symbol und Blickfang für die Ausstellung ha-

ben wir eine viergeteilte Abbildung eines Baumes gewählt – in Schwarz-Weiß und Farbe. Er wird als Spielgerät gezeigt und kahles Zeugnis von Perspektivlosigkeit.

Es ist geplant, die Ausstellung nun auch andernorts zu zeigen. Wo?

C.M.: Klar ist bereits, dass Teile der Schau künftig in der zentralen ver.di-Jugendbildungsstätte hängen werden. Aber wir hoffen natürlich und arbeiten daran, dass es noch viel mehr Gelegenheiten gibt, die Fotos bei Kunstprojekten, in öffentlichen Einrichtungen und anderswo zu zeigen. Wir wollen das Projekt einem möglichst breiten Publikum vorstellen. Man kann uns also »buchen«.

M.H. Da danken wir noch einmal

der ver.di-Jugend, die den Druck der Fotos und Ausstellungstafeln finanziell unterstützt hat. Wir denken auch über eine Webseite nach. Ich informiere gern über die Ausstellung und das Hilfsprojekt. Wir freuen uns über jegliches Interesse – natürlich auch über Spendengelder für das Projekt. Die sind jetzt, nach den verheerenden Überschwemmungen dort, nötiger denn je. Das Spendenkonto möchte ich gern nennen und versichern, dass wir bei UNI streng auf den sinnvollen Einsatz solcher Gelder achten. Zuletzt halfen sie beispielsweise bei Dachreparaturen für das Kinderhilfszentrum.

UNI Youth Payatas, Banque Cantonale Vaudoise, Nyon, Schweiz, Kto: E985 78 66, IBAN: CH21 0076 7000 E098 5786 6

KURZMELDUNGEN

■ Frühförderung für Kreative in Brandenburg

Ein neuartiges Förderprogramm, das »Ideen- und Gründerlabor Kreativwirtschaft« (ILab), wurde in Brandenburg initiiert. Es bietet Coaching und Beratung für freiberufliche Kreative und Kulturschaffende, die ein Unternehmen aufbauen wollen. Unterstützt mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und mit Landesgeldern ist eine einzigartige Frühförderung bereits dann möglich, wenn

noch kein klares Geschäftskonzept vorliegt, sondern diffuse Ideen erst strukturiert werden müssen. Förderbedingungen und ein Leitfaden finden sich unter www.innovationen-brauchen-mut.de/ilab. Fragen beantwortet Projektmanagerin Birgit Schäfer, Tel. 0331/20165812.

■ Mumia Abu Jamal: Kein langsamer Hafttod

Buchstäblich in letzter Minute sei es Mumia Abu Jamal gelungen, sich mit einem Eilantrag im US-Staat Pennsylvania die rechtlichen Möglichkeiten

zu erhalten, gegen die formale Umwandlung seines Todesurteils in lebenslange Haft ohne Bewährungsmöglichkeit vorzugehen, informierten seine Anwälte.

Der 1982 wegen angeblichen Polizistenmordes verurteilte Ex-Black-Panther-Aktivist und Journalist – er ist Ehrenmitglied der dju Berlin-Brandenburg – sitzt seither in einem Todesstrakt in Isolationshaft und fordert die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Mit dem aktuellen Antrag widersprach er seinem »langsamen Hafttod« und machte sich zum Fürsprecher zahlreicher Leidensgefährten in US-Gefängnissen.

■ 20 Jahre Mobiles Beratungsteam

Das Mobile Beratungsteam (MTB) im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung, ein wichtiger Akteur im landeseigenen Handlungskonzept »Tolerantes Brandenburg«, feiert Jubiläum. Das Team setzt sich seit seiner Gründung mit Rechtsextremismus auseinander, unterstützt Kommunen, Vereine, Bürgerbündnisse und Einzelpersonen. Das Konzept habe »sich bewährt und wurde inzwischen von vielen anderen Bundesländern aufgegriffen«, erklärte Bildungsministerin Martina Münch.

Eigentlich war ein »Klischee« ein vielfältiger Druckstock für den Buchdruck. Doch längst ist dieser Inhalt in Vergessenheit geraten, nicht hingegen die zweite Bedeutung von Klischee: Abklatsch, abgegriffene Nachahmung ohne Aussagewert, umschreibt es der Duden. Trotz dieses negativen Wortsinns stehen Klischees in vielen Bereichen von Politik und veröffentlichter Berichterstattung hoch im Kurs. Zum Beispiel über »die faulen Griechen«.

Die »Bild«-Zeitung schrieb Anfang März 2010 sinngemäß, dass die Deutschen zwar auch hohe Schulden hätten, sie aber begleichen könnten, weil »wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten«. Das Klischee: Wenn die Griechen fleißiger wären, könnten sie sich mehr leisten und wären nicht in die Krise geraten. Tatsächlich lag die durchschnittliche Arbeitszeit der Griechen – bevor durch die »Krisenbekämpfung« zigtausende in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden – jährlich mehr als 300 Stunden über der der Deutschen.

Nur eines von vielen verbreiteten Klischees über die Griechen, die sich leicht widerlegen lassen, gleichwohl immer wieder aufs Neue in Teilen der Medien aufgetischt werden. Der DGB Berlin-Brandenburg hat nun acht gängige Klischees über Griechenland und seine Bürger auf handlichen Karten unter dem Motto »Griechenland ist überall – Fakten für die Westentasche« aufgegriffen. Auf der Vor-



Kampf den Klischees

DGB-Landesbezirk rückt Griechenlandbild zurecht

derseite befindet sich jeweils eine eingängige Illustration, auf der Rückseite werden Stereotypen à la »Die Griechen gönnen sich fette Sozialleistungen!« oder »Europa soll sich ein Vorbild an Deutschland nehmen!« mit kurzen prägnanten Texten zurechtgerückt.

»Die Sozialleistungen sind auch in der Vergangenheit in Griechenland alles andere als üppig ausgefallen«, erklärte Doro Zinke, die Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, bei der Präsentation der Karten. Dennoch hieß es in »Bild«:

»Wir zahlen den Griechen Luxusrenten.« Doch vor der Krise lag die Durchschnittsrente mal gerade bei rund 600 Euro. Inzwischen sind die Renten um zirka 30 Prozent gekürzt, die Arbeitslosenhilfe ist auf 320 Euro monatlich gesenkt worden. »Luxus sieht anders aus« heißt es auf der entsprechenden Karte.

Die Materialien zeigen, dass manche der grassierenden Vorurteile nicht nur grundfalsch, sondern im Ergebnis sogar schädlich auch für Deutschland sind. Dem Klischee »Soll Südeuropa doch Pleite gehen!« setzt der

DGB entgegen, dass gerade Deutschland auf den Euro und die vielen Warenbestellungen aus den übrigen EU-Ländern angewiesen ist. Doro Zinke: »Vor diesem Hintergrund ist es geradezu absurd, wenn sich deutsche Politiker über die schlechte Handelsbilanz anderer EU-Staaten aufregen, denn deren Importe sorgen erst für die Handelsbilanzüberschüsse der Deutschen.«

Statt »die Griechen« zu kritisieren und mit Pauschalurteilen zu überziehen, während die Banken und großen Unternehmen von der Krise profitieren, fordert der DGB einen radikal anderen Kurs: Mit einem Marshallplan für die Krisenländer soll die Wirtschaft in Gang gebracht werden. Gleichzeitig müsse es eine aktive Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik geben, statt weiter Arbeitsplätze zu ver-

PLEITEGEIER

KEINE EU-SYMBOLFIGUR

nichten und die Löhne für die verbliebenen Jobs zu drücken. Außerdem müsse endlich das europäische Steuerdumping beendet werden, um den Abbau öffentlicher Dienstleistungen zu stoppen. Doro Zinke: »Der Pleitegeier darf nicht zur Symbolfigur einer EU werden, die unser aller Zukunft prägen sollte.« **GUDRUN GIESE**
Die Griechenland-Karten finden sich im Internet unter folgender Adresse: www.berlin-brandenburg.dgb.de/bereiche/arbeit-wirtschaft/wirtschaft/europa

KURZMELDUNGEN

Erstmals Betriebsrat bei Proxiflex

Die Belegschaft der Proxiflex GmbH in Brandenburg/Havel hat mit ver.di-Unterstützung im August erstmals eine Betriebsratswahl eingeleitet. Der Wahlvorstand arbeitet, gewählt wird voraussichtlich Ende Oktober. Das brandenburgische Tochterunternehmen der Beucke Group verarbeitet flexible Verpackungen für die Lebensmittel- und Zigarettindustrie und betreibt Druckveredelung. Die knapp 80 Beschäftigten hatten – im Gegensatz zum Mutterhaus bei Osnabrück – bisher keine Interessenvertretung. Das Unternehmen in Brandenburg/H., in das in den vergangenen Jahren zehn Millionen Euro investiert wurden, ist bisher auch nicht tarifgebunden.

Betriebsrat in neuer Vertriebsgesellschaft

Erstmals nach der Ausgründung aus dem Aufbau- und dem Ueberreuter-Verlag haben die 15 Beschäftigten der Vereinten Berliner Medienvertriebsgesellschaft mbH & Co. KG am 7. September einen Betriebsrat gewählt. Er vertrete »in stürmischen Zeiten die Interessen der Beschäftigten« bekräftigte ver.di-Betreuungssekretär Jörg Reichel. In der Gesellschaft sind seit Mai dieses Jahres die Vertriebsaktivitäten der beiden Verlagsgruppen mit neun Einzelverlagen gebündelt.

Wahlvorbereitung bei Pressezustellservice

Ende August wurde beim PZO Pressezustellservice Oderland GmbH, einem Unternehmen der Märkischen

Verlags- und Druckhaus GmbH (Märkische Oderzeitung), Betriebsratswahlen eingeleitet und ein Wahlvorstand bestellt, informierte Frank Ploß von der ver.di-Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder.

Druckhaus Mitte insolvent

Das Berliner Druckhaus Mitte hat am 13. August Insolvenz angemeldet. Ende Juli hatte die Geschäftsführung auf einer Belegschaftsversammlung noch weitreichende Einsparungen angekündigt, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Von den etwa 90 Beschäftigten wurden harte Einschnitte wie Gehaltskürzungen bis zu zehn Prozent bei Meistern, im Vertrieb und Innendienst, die Streichung von Nachtzuschlägen und Veränderungen bei Überstundenregelungen erwartet. ver.di und der

Betriebsrat wollten dem eigene Vorschläge zur Beschäftigungssicherung entgegensetzen und forderten belastbare Daten. Dazu kam es nicht mehr. Inzwischen prüft ein Insolvenzverwalter die wirtschaftliche Lage.

Dem Vernehmen nach gibt es mehrere Kaufinteressenten für das 1992 gegründete Druckhaus. Es war in der Branche für sein Umweltengagement bekannt. Klimaneutrale und FSC-Druckprodukte gehörten seit längerem zum Angebot. 2008 veröffentlichte das Unternehmen erstmals einen Nachhaltigkeitsbericht. Für ein seit 2010 laufendes Bildungsprojekt für nachhaltige Printproduktion erhielt das Druckhaus noch im Juni 2012 eine UNESCO-Auszeichnung. Die Situation der Beschäftigten ist nach der Insolvenz weitgehend unsicher. Betriebsbedingte Kündigungen seien nicht auszuschließen, so ver.di-Betreuungssekretär Jörg Reichel.

Als »Sprungbrett für angehende Medienmacher« beschäftigt ALEX, das trimediale Bürger- und Ereignisfernsehen in Berlin – Slogan: Guckste. Hörste. Klickste. – jetzt nur noch Werkstudenten als Crew-Mitglieder. »Die Einführung des neuen Systems führt dazu, dass einige Mitglieder der bisherigen Crew nicht weiter eingesetzt werden können«, besiegelte, immerhin mit Dank und freundlichen Grüßen, Till Reinhold, stellv. Leiter von ALEX, im April per Mail den faktischen Rauschmiss langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – zwar nur geringfügig beschäftigt, aber zumeist sehr qualifiziert.

»Ein rechtlich zwar unangreifbarer, aber menschlich zu verachtender Umgang«, kommentiert Kathlen Eggerling von connex-av, der Interessenvertretung für Medienschaffende in privatem Rundfunk, Fernsehen und im Internet. »Ohne jegliche Kommunikation, ohne sich Gedanken um die Beschäftigten zu machen und ohne für sie Verantwortung zu zeigen, hat die Geschäftsführung sie eiskalt abserviert.« Dass die Vertragsverhältnisse so gestaltet waren, dass man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jederzeit loswerden konnte, sei ausgenutzt worden.

Vorausgegangen waren längerfristige Bemühungen um bessere Arbeitsverträge. Bereits 2009 schlossen sich geringfügig Beschäftigte zu einer Interessenvertretung zusammen

Abserviert bei ALEX

Guckste: Nur noch Werkstudenten genehm

und unterbreiteten der damals neuen Geschäftsführung Vorschläge. Gabriel P. (Name von der Redaktion geändert), der vor zehn Jahren zum Offenen Kanal kam und die Profilierung zum Bürger- und Ereignisfernsehen ALEX an der Basis mitgestaltete, erinnert sich: »In der Sparte Ereignisfernsehen sind die meisten Kol-

HÖRSTE: FÜR GESPRÄCHE KEINE KAPAZITÄTEN

leginnen und Kollegen beschäftigt. Wir waren viel unterwegs, kümmern uns um Veranstaltungsaufzeichnungen und -übertragungen, hatten hochqualifizierte Leute im Team. Doch alle Verträge waren auf 400-Euro-Basis ausgelegt. Das heißt, pauschal gab es für jeden Einsatz, der meist zehn und nie weniger als sechs Stunden dauerte, 80 Euro. Wir haben viel gearbeitet für minimalen Lohn.«

Alle Bemühungen um besseren Verdienst, um ein »Entgelt, von dem man leben kann«, versandeten, die Beschäftigten wurden sowohl von der ALEX- als auch der MABB-Chef- etage ausgebremst und hingehalten. Argument: Bei der MABB gäbe es

für Gespräche keine Kapazitäten. – Als die Geduld der Beschäftigten erschöpft ist, suchen sie Ende 2011 bei ver.di Hilfe. In einer Umfrage spricht sich der überwiegende Teil für Tarifverhandlungen aus mit dem Ziel, die Honorare zu erhöhen. ver.di wendet sich daraufhin Anfang dieses Jahres offiziell an MABB-Direktor Dr. Hans Hege mit der Aufforderung zu Tarifverhandlungen für die geringfügig Beschäftigten, die als Kameralente, Bildregisseure, Tontechniker u.ä. fürs Ereignisfernsehen bzw. Studioproduktionen tätig sind, eine Kopie des Schreibens geht an ALEX-Leiter Volker Bach. Hege erklärt sich im März zu einem Sondierungsgespräch bereit und bittet um Terminvorschläge. ver.di macht drei Vorschläge für April. »Seitdem herrscht Grabesruhe«, konstatiert ver.di Landesfachbereichsleiter Andreas Köhn. Verschiedene briefliche und telefonische Kontaktversuche schlugen fehl. »Dr. Hege ist für mich nie zu sprechen.« Vielleicht, so darf spekuliert werden, betrachtet dieser das Problem aufgrund der geänderten Beschäftigungspraxis bei ALEX für sich auch bereits als erledigt.

»Die neue Regelung hat zur Folge, dass genau der Kreis der Kolleginnen

und Kollegen beschäftigungslos bleibt, auf die sich ALEX jahrelang verlassen hat, die neue Medienmacher angelernt und gleichzeitig die Qualität der Sendungen garantiert haben – kurz: die ALEX insgesamt mit nach vorn gebracht haben.« – Andreas Köhn und Kathlen Eggerling halten das »nicht für einen angemessenen Umgang mit den Mitarbeitern, gleich in welchem Umfang sie beschäftigt waren«.

»Alle, die keine Studenten mehr waren, wurden de facto rausgeschmissen und trotz vorhandenen Bedarfs oder noch bestehender Rahmenverträge von heute auf morgen nicht mehr gebucht«, bestätigt Gabriel P. Er, obwohl selbst noch studierend, wurde schon seit Jahresbeginn nicht mehr angefragt – »möglicherweise aufgrund meiner Aktivitäten um die Verbesserung unserer

KLICKSTE: WEG MIT EUCH TROTZ VERTRAGS

Situation«, vermutet er. »Wir hatten eine Prognoseregulierung im Sinn, wollten uns aktiv einbringen. Aber wir wurden nicht ernst genommen.«

Gabriel hat inzwischen eine Alternativbeschäftigung gefunden. »Anderen hatten nicht das Glück«, weiß er. »Die kämpfen jetzt um ihr Überleben.« **BETTINA ERDMANN**

6,1 PROZENT IN ZWEI STUFEN



Foto: ver.di

Bereits in der zweiten Verhandlungsrunde am 6. September in Wiesbaden konnte ein bundesweiter Tarifabschluss für die ca. 100 000 Beschäftigten in der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie erzielt werden. Danach stiegen die Einkommen ab 1. November 2012 um 3,1 und ab 1. November 2013 erneut um 3,0 Prozent. Die Azubi-Vergütungen werden ebenso angehoben und zusätzlich aufgerundet.

Im Zuge der bundesweiten Tarifverhandlungen hatte ver.di Berlin-Brandenburg Anfang Juli vier in Berlin geltende Lohn- und Gehalts-Tarifverträge in diesem Industriezweig fristgemäß zum 31. August gekündigt. Die ver.di-Tarifkommission hatte für die Flächentarifverhandlungen 6,5 Prozent mehr Geld für 12 Monate gefordert. Die Tarifrunde wurde von Aktionen begleitet, etwa in Falkensee, wo ver.di-Aktive der Herlitz AG, Susy Card GmbH demonstrierten (Foto).

Bundesdrucker mit neuem Tarif

Erfolgreicher Abschluss nach langwierigen Verhandlungen

Nach langwierigen Verhandlungen wurden in der Bundesdruckerei Tarifverträge zur betrieblichen Altersversorgung, Manteltarifregelungen sowie ein Entgelttarifvertrag abgeschlossen. Der die Grundsätze regelnde Tarifvertrag Nr. 15 gilt bis zum 31. Dezember 2016.

Die Details zur betrieblichen Altersversorgung wurden bis Ende August ausverhandelt. Die Beschäftigten haben nun die Möglichkeit, sich rückwirkend zum 1. Januar 2012 mit bis zu zwei Prozent ihres Jahreseinkommens an einer solchen Altersversorgung zu beteiligen. Der Arbeitgeberanteil liegt ebenfalls bei maximal zwei Prozent.

Mit einem gesonderten Tarifvertrag Nr. 1 wurde der Manteltarifvertrag der Bundesdruckerei an den geltenden Flächentarif angepasst. Es gelten Übergangsregelungen mit unterschiedlichen Fristen. So wirken et-

wa die bisherigen Zuschlagsregelungen für Samstagsarbeit noch bis Ende 2013 fort, die Freischichtenregelungen des Flächentarifvertrages treten ab 2017 in Kraft.

Ein neuer Entgelt-Tarifvertrag 2 regelt ein variables Vergütungssystem. Danach erhielten alle Beschäftigten mit den August-Bezügen eine Bonuszahlung für 2011 in Höhe von 0,5 Prozent ihres Jahreseinkommens multipliziert mit Faktor 1,8 aufs Konto. Für 2012 fließt eine zweiprozentige tarifliche Entgelterhöhung in das variable Vergütungssystem. Sie wird individuell um einen Arbeitgeberanteil von 1,5 Prozent des Jahreseinkommens aufgestockt und nach dem Jahresabschluss 2012 abhängig von der Erfüllung des Unternehmensziels ausgezahlt. Für die Jahre ab 2013 gilt diese Regelung modifiziert weiter, sie ist erstmals zum Jahresende 2016 kündbar. **NEH**

BUCHTIPP

S. MILKE/ST. HEINZ
WIDERSTAND UND VERFOLGUNG
 METROPOL VERLAG BERLIN 2012

Der erste Band liegt vor, der zweite ist angekündigt: Mit einer 600-Seiten-Studie, die 82 Mitglieder einer Widerstandsgruppe ehemaliger Funktionäre des Metallarbeiterverbandes in der Nazizeit vorstellt, startet eine Publikationsreihe, die so verdienstvoll wie überfällig ist. Der gewerkschaftliche antifaschistische Widerstand – das wurde in den letzten Jahren zunehmend deutlich – wird in Forschung und öffentlicher Wahrnehmung noch immer unterschätzt. Die neuesten Studienergebnisse vor allem am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin belegen etwa, dass Gewerkschafter, die noch im Frühjahr 1933 die Anpassungs- und Stillhaltspolitik gegenüber Hitler befürwortet hatten, schon Monate später ein reichsweites Widerstandsnetz aufbauten. Diesen und weiteren mutigen Frauen und Männern ein Denkmal zu setzen, ist ein Ziel der geplanten umfangreichen Publikationsrei-

he, die auch Dissertationen und Einzelstudien zum Thema »Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration« umfassen soll und bereits 15 Bände vorsieht. Die Herausgeber von der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik am Otto-Suhr-Institut der FU kooperieren dazu auch mit externen Wissenschaftlern und Studierenden.

Ein Manko aus Sicht von ver.di und speziell des Fachbereichs: Kein bisher geplantes Forschungsvorhaben widmet sich Gewerkschaftern aus dem Druck-, Buch- oder Medienbereich. Das betrübt und verwundert umso mehr, als gewerkschaftliche Aktivitäten – etwa die 2008 initiierten »50 Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand« – sehr wohl ehemalige Kollegen aus Berliner Zeitungsverlagen oder dem Buchdruckerverband einbezogen. Erstes biografisches Mate-

BIOGRAPHIEN HARREN DER GENAUEREN ERFORSCHUNG

rial ist gesammelt (siehe Sprachrohr 5/08, S.5). Auch auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der IG Metall zum betrieblichen Widerstand in der Nazizeit wurde über Widerstandsgruppen und Aktivitäten von Kolleginnen und Kollegen etwa aus dem Ullsteinhaus oder dem Druckhaus Tempelhof berichtet (vgl. 1/09,

Verhandlungen um einen Manteltarif wieder aufnehmen.

Zwei Prozent Plus bei Amcor Tobacco

Die Tarifverhandlungen bei der Amcor Tobacco Packaging Berlin GmbH führten zu einem Abschluss, der den Beschäftigten ab 1. September eine lineare Entgelterhöhung von 2,21 Prozent zusichert. Amcor produziert die Zigarettenschachteln für den europäischen Markt.

Tagesspiegel legt beim Gehalt zu

ver.di hatte die Geschäftsführung des Verlages »Der Tagesspiegel« seit Längerem zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Noch bevor es zu Gesprächen kam, hat das Unternehmen einzelvertraglich eine Erhöhung der Ge-



Foto: Chr. v. Polentz / transifoto.de

ENGAGEMENT GEGEN RECHTS

Courage zeigen: Seit 3. September sind in der sechsten Etage des ver.di-Hauses Köpenicker Straße Ausstellungstafeln gehängt, die das Engagement der Gewerkschaft gegen Rechtsaußen verdeutlichen. Die kleine Schau, die der Arbeitskreis Rechtsextremismus in ver.di Berlin-Brandenburg (agrexive) konzipiert und zusammengestellt hat, wird durch eine 50seitige Broschüre »Aktiv gegen Rechts!« ergänzt. Die illustrierte Publikation, die detailliert zum Thema Auskunft gibt, liegt auch am Infotresen im Erdgeschoss des Gewerkschaftshauses aus. Zur Eröffnung im ver.di-Landesbezirk debattierten Rolf Wiegand, Roland Tremper und Beatrice Morgenthaler (v. l. n. r.).

S. 4). Hinter Namen wie Wilhelm Selke, Reinhold Hermann, Rudolf Peter oder Willy Kolbe stehen Biografien, die einer genaueren Erforschung harren. Ergebnisse sollten – neben bereits in Arbeit befindlichen Darstellungen zu Angestellten-, Polizei-

oder Textilarbeiter-Gewerkschaftern – hoffentlich auch in Bänden dieser Reihe stehen.

NEH

Siegfried Mielke, Stefan Heinz (Hrsg.): *Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Metropol Verlag Berlin 2012, 616 S. Broschur, 29,90 Euro, ISBN 978-3-86331-059-2*

halter aller Beschäftigten der Verlagsgruppe (Der Tagesspiegel, Zitty, Potsdamer Neueste Nachrichten sowie Callcenter) verfügt. Danach erhalten ab 1. August 2012 alle Bezieher von Bruttoeinkommen bis zu 3000 Euro eine Entgeltsteigerung um vier Prozent, in der Spanne zwischen 3000 und 6000 Euro beträgt die Erhöhung drei Prozent, bei noch höheren Gehältern werden zwei Prozent zugelegt.

Noch ein Erfolg ganz ohne Vertrag

Die Firma »Die Draußenwerber«, als Tochter der Wall AG zuständig für die Plakate in Berlins Straßenbild, sperrte sich fast ein Jahr lang gegen Tarifverhandlungen, obwohl ein Teil der Belegschaft wegen des Betriebsübergangs von VVR Berek (ehemalige Werbetochter der BVG) noch tarifgebunden war. Nach einem Auftritt von Gewerkschaftssekretär An-

dreas Köhn in der Betriebsversammlung am 19. Juni bot Herr Wall der Belegschaft einseitig 1000 Euro Einmalzahlung und eine lineare Erhöhung der Einkommen um 3,1 Prozent an. Die ver.di-Vertrauensleute stimmten dem Angebot zu.

Keine Beiträge zur Krankenversicherung

Gute Nachricht für Rentner, die Leistungen aus einer privaten Versicherung beim Presse-Versorgungswerk beziehen: Das Bayerische Landessozialgericht hat in zweiter Instanz bestätigt, dass aus diesen Versicherungen keine Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner gezahlt werden müssen (Az L 5 KR 161/09). Bereits entrichtete Beiträge zur KVdR können zurückgefordert werden. Das gilt für alle privaten Kapital- und Rentenversicherungen beim Presse-Versorgungswerk.

KURZMELDUNGEN

Tarifabschluss für die dpa-Töchter

In der sechsten Verhandlungsrunde am 17. September konnte ein Abschluss für die bisher tariflosen dpa-Tochterunternehmen erzielt werden. Es wurden Effektivloohnerhöhungen für die 160 Beschäftigten der einzelnen GmbH vereinbart. Die gewerkschaftliche Tarifkommission von DJV und ver.di hatte Mitte August in den damals festgefahrenen Verhandlungen ein besseres Angebot der Arbeitgeberseite gefordert. Der nun vereinbarte Vertrag sieht rückwirkend zum 1. September eine Steigerung der Monatsgehälter um zwei Prozent, mindestens um 60 Euro, vor. Ab 1. März und 1. Oktober 2013 sind weitere Erhöhungen um ein Prozent vorgesehen. Die Gewerkschaften wollen im Herbst außerdem die

Das Machbare herausgeholt

Harte Arbeit für Sozialplan und Altersteilzeit beim Verlag der Märkischen

Ziemlich genau ein halbes Jahr, nachdem der Madsack-Konzern die Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft (Märkische Allgemeine Zeitung) in Potsdam übernahm, wurden im Juni die ersten 41 Entlassungen im Verlagsbereich angekündigt. Betroffen sind die komplette Anzeigenvorstufe, die Gestaltung, Korrektorat, Arbeitsvorbereitung, kaufmännische Sachbearbeiter sowie Beschäftigte der IT-Abteilung. Bei einem Aktionstag Ende Juli zeigten 130 Beschäftigte dem Unternehmen dafür vor den Toren die »Rote Karte«. Auch mit einem offenen Brief hielten Beschäftigte dagegen und erläuterten dem Vorsitzenden der Geschäftsführung in Hannover, warum die Ma-

sack gut daran täte, ihre Potsdamer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu behalten. Von guter Ausbildung, langjähriger Berufserfahrung, Flexibilität und Engagement war die Rede. Gefordert wurden »faire Verhandlungen über mögliche Weiterbeschäftigung«. Die gab es nicht. Der Interessenvertretung in Potsdam blieb nur, über einen Sozialplan zu verhandeln. Wir sprachen mit der Betriebsratsvorsitzenden Karin Wagner.

Ist es noch bei den angedrohten 41 Entlassungen geblieben?

Ja. Das Unternehmen möchte die betroffenen Kolleginnen und Kollegen auch so schnell wie möglich freistellen, obwohl ich mich des Eindrucks



Karin Wagner in Aktion

nicht erwehren kann, dass es bis jetzt noch kein schlüssiges Konzept gibt, wie die entstehenden Lücken überhaupt geschlossen, welche Aufgaben wie und wohin ausgelagert werden sollen. In der Redaktion haben inzwischen auch Umstrukturierungen begonnen, es werden Lokalredaktionen in einem NewsDesk zusammengefasst – allerdings noch mit dem bisherigen Redaktionssystem. Für die Mantelredaktion soll es dann auch einen NewsDesk geben, alles noch sehr im Fluss. Allerdings werden freie Stellen schon nicht mehr neu besetzt, die Arbeitsbelastung steigt vielerorts.

Der Sozialplan ist nach fünf Runden jetzt soweit ausverhandelt, dass Ihr als Betriebsrat zustimmt? Das war ein hartes Stück Arbeit. Wir haben Abfindungsregelungen vereinbart, die Sockelbeträge enthalten und in der Summe knapp einem Bruttomonatsgehalt pro Beschäftigungsjahr entsprechen. Außerdem

wird es einen mit 100 000 Euro ausgestatteten Härtefallfonds geben. Festgeschrieben sind auch Ausgleichsregelungen beim Wechsel auf Arbeitsplätze an anderen Standorten und Qualifizierungsmaßnahmen. Verabredet ist darüber hinaus eine Altersteilzeitregelung, die allerdings von den Tarifparteien verhandelt werden muss. ver.di und DJV werden sich mit der Arbeitgeberseite dazu im Oktober an einen Tisch setzen. Spannend wird vor allem, wer anspruchsberechtigt sein soll.

All das bringt keine Arbeitsplätze zurück, war aber nur mit Energie durchzusetzen?

Die Wut war offenbar so groß, dass selbst zum letzten Abstimmungstermin für den Sozialplan die Kollegen vorm Verhandlungsraum nochmals ein enges Spalier mit Roten Karten bildeten. Niemand von der Geschäftsleitung möge glauben, dass man nun zufrieden sei. Allerdings haben sich etliche KollegInnen bei uns Betriebsräten bedankt, dass wir das Machbare herausgeholt hätten. Ich will den Dank für die gute Rückendeckung gern zurückgeben.

Womit werdet ihr Euch in den nächsten Monaten noch beschäftigen müssen?

Angekündigt ist bis Jahresende die Entscheidung über ein neues Redaktionssystem. Und noch völlig offen ist die Unternehmensstrategie für unsere Druckerei. Selbst wenn der Standort erhalten bleibt und etwa die neue Maschine kommt, heißt das nicht, dass sie vom gleichen Personal bedient wird – womöglich geht es um Ausgliederung... **ES FRAGTE: NEH**



Rote Karte für die Madsack-Chefs

Fotos: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Eine Tüte Popcorn kostet mehr als eine Popcorn-Verkäuferin in der Stunde verdient«, hieß es am 25. August auf dem Potsdamer Platz. Etwa 200 Beschäftigte von CineStar- und CinemaxX-Kinos aus 15 Städten bundesweit waren nach Berlin gekommen. Gerechte Entlohnung verlangten sie auf der ver.di-Kundgebung

POPCORN-TÜTE TEURER ALS EINE STUNDE ARBEIT

lautstark. Hintergrund der Protestaktion, an der sich Beschäftigte aller Kinos beteiligten, in denen zwischenzeitlich auch gestreikt wurde, sind gescheiterte Tarifverhandlungen mit den Filmhausbetreibern.

Nicht weiter ohne Tarif

Kinobeschäftigte machen ihren Arbeitgebern Dampf

Die Kinobeschäftigten wollten aber nicht nur ihrem Ärger Luft machen, sondern auch die Öffentlichkeit über die prekäre Situation informieren, so ver.di-Vize Frank Werneke. »Filmvorführer und Servicekräfte haben ein Anrecht darauf, von ihrer Arbeit auch einen eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können – das ist aber bei den jetzt gezahlten Löhnen kaum möglich«, erklärte er unter dem Beifall der Teilnehmer. Mit der Aktion sollte den Geschäftsleitungen klargemacht werden, dass man sich ihre Verhinderungstaktik nicht bieten lasse und einen langen Atem habe.

An den bislang tariflosen CineStar-Häusern geht es bei Haustarifverhandlungen um eine Erhöhung der Stundenentgelte für die Servicekräfte von jetzt 6,30 auf mindestens 8,50 Euro und die Festschreibung von Arbeitsbedingungen. Für die CinemaxX-Beschäftigten wird eine sofortige Erhöhung der jetzigen tariflichen Stundenentgelte um einen Euro gefordert, im kommenden Jahr soll eine Steigerung um zehn Prozent folgen. Während CineStar sich bislang komplett verweigert, bietet CinemaxX lediglich unakzeptable Tarifierhöhungen an.

NEH



Servicekraft – voll ausgestattet



150 stolze Buchdrucker, darunter immerhin 33 Berliner und ein Spandauer. In den Medaillons posieren (v.l.n.r.) Ludwig Rexhäuser, leitender Redakteur des »Correspondent«, Emil Döblin, Vorsitzender des Verbandes von 1888 bis 1910, Peter Grassmann, zweiter Vorsitzender bis 1916, und Paul Schliebs, Führender Gehilfe in der zweiten Tarifgemeinschaft.

»Ein gesundes Lebenszeichen von Berlin«

Vor 150 Jahren wurde die Berliner Drucker-Gewerkschaft gegründet

Die MedienGalerie im Haus der Buchdrucker bereitet gegenwärtig eine Ausstellung zu den Jubiläen vor, die ab 22. November gezeigt werden soll.

Kolleginnen und Kollegen, die historische Dokumente oder Fotos beisteuern können, melden sich bitte donnerstags von 14 – 19 Uhr unter der Tel. 77 00 80 01 oder über info@mediengalerie.org.

Bis heute gilt: Erst »gegautscht« ein vollwertiger Drucker

Bereits 1848 betreten unter dem Donner der Revolution die Drucker in Berlin und in anderen Städten weithin sichtbar die gesellschaftliche Bühne. Zuerst hatten sie für Pressefreiheit und das allgemeine Wahlrecht demonstriert, im März auf den Barrikaden gekämpft und im April den ersten Buchdrucker-Streik organisiert. Im Mai war unter Berliner Federführung mit »Gutenberg« die erste Arbeiterzeitung erschienen, und im Juni wurde auf der »National-Buchdrucker-versammlung« in Heidelberg der erste Entwurf für einen nationalen Tarifvertrag verabschiedet.

Diese Ansätze gingen in der Niederlage der Revolution 1851/52 unter. Aber nicht auf Dauer.

Zusammenschluss zum Abwenden von Gefahren

Am 2. Dezember 1862 hoben die Buchdrucker in Berlin ihre erste gewerkschaftliche Organisation aus der Taufe, den »Berliner Buchdrucker-Gehilfen-Verein« –

aus Empörung über eine Anzeige der Buchdruckereibesitzer in der Volks-Zeitung, die sich, »bei dem gänzlichen Mangel an nur einigermaßen brauchbaren Schriftsetzern« gezwungen sähen, nach Lehrlingen zu suchen... Später, mit dem Beitritt der Schriftgießer am 1. Januar 1869, wandelte sich die Organisation zum »Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer«.

Bereits kurz nach seiner Gründung auf mehr als 300 Kollegen angewachsen, tat der Verein in einer ersten Mitteilung im »Correspondent« vom 26. Januar 1863 kund, »dass zu den guten Folgen einer solchen Vereinigung zunächst auch die Abwendung der Gefahr einer Verschlechterung der Lage des Gehilfenstandes gehören werde.« Man wolle »einander mit Rat und Tat zur Seite stehen ... Wir ... glauben mit gegenwärtiger (Mitteilung) ein gesundes Lebenszeichen von Berlin gegeben zu haben«.

Erste Tarife und ermutigende Solidarität

Eine der ersten Forderungen des Gehilfen-Vereins an die Prinzipale war, den Setzerlohn von 2 ½ auf 3 Silbergroschen zu

erhöhen. Die Druckereibesitzer lehnten jede Verhandlung ab und ließen schwarze Listen mit den Wortführern kursieren. Noch bestand in Preußen Koalitionsverbot. Also richteten die Gehilfen eine Petition an das preußische Staatsministerium. Ohne Erfolg!

Trotzdem kam es Anfang 1865 zu einer Einigung mit dem Berliner Prinzipalsverein: Ab 1. Februar galt der Tarif von 3 Silbergroschen. In Leipzig traten Kollegen in den »Dreigroschenstreik«, der eine beispiellose Welle der Solidarität auslöste. Die Berliner Gehilfen überwiesen ihnen fast das gesamte Vereinsvermögen. Der mehr als zwei Monate dauernde Ausstand endete mit dem Kompromiss einer Lohnerhöhung auf 28 Pfennige.

Er gab das Signal zu den langen Auseinandersetzungen um einen reichsweit gültigen Tarif, der 1873 als »Allgemeiner Deutscher Buchdruckertarif« durchgesetzt wurde. Mit dem Buchdrucker-Verein der Prinzipale wurde eine Tarifgemeinschaft vereinbart. Verbandsmitglieder wurden ab 1875 verpflichtet, nur noch zu diesen Tarifen zu arbeiten. Als die erste Tarifgemeinschaft des Buchdrucker-



ckerverbandes in der erfolglosen Tarifaufeinandersetzung um den 9-Stunden-Tag 1891/92 zerbrochen war, die Kassen durch Unterstützungsleistungen leergefegt waren und »Tarifanarchie« herrschte, gelang es dem Verband dennoch, die Mitgliederzahlen langsam zu steigern, Verluste auszugleichen und erneute Tarifanstrengungen zu unternehmen. So kam es 1896 zur zweiten Tarifgemeinschaft, einem Tarifamt, einem Tarifausschuss und Schiedsgerichten – jeweils paritätisch besetzt. Ein von Gehilfen und Prinzipalen gebildeter Arbeitsnachweis sorgte für die Vermittlung von Arbeitsstellen. 1923 wurde diese Tarifgemeinschaft durch den Organisations-tarif abgelöst und die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags erreicht.

Selbstbestimmtes Agieren und interessante Themen

Zu wöchentlichen Mitgliederversammlungen wurden Redner zu fachlichen und allgemeinbildenden Themen eingeladen, häufig Adolf Glasbrenner. Verehrt wurde Wilhelm Liebknecht, der sich in den Dienst der Gehilfenschaft stellte und als Mitverfasser der Petition zur Aufhebung des Koalitionsverbots galt. Er rief den Buchdruckern von Bündnissen mit den Parteien ab und empfahl, selbständig und unabhängig die eigene Politik zu verfolgen.

Als Liebknecht im Sommer 1865 aus Berlin und Preußen ausgewiesen wurde, überreichten ihm die Buchdrucker ein Ehrengeschenk von 100 Talern. »... ihm haben wir hauptsächlich die guten Erfolge unserer Bestrebungen zu verdanken«, schrieben die Gehilfen im »Correspondent«.

Erstarkender Verband und fachliche Profilierung

1866 gehörte der Berliner Verein zu den Gründern des Verbands deutscher Buchdrucker. Von den drei Stadtteilen Hamburg-Altona, Leipzig und Berlin hatte Berlin die meisten Mitglieder und das höchste Beitragsaufkommen.

Seit 1896 war die Zahl der Organisierten erheblich gewachsen – von ca. 4.000 auf 12.000 –, dass eine Generalversammlung 1912 beschloss, den Berliner Verein in zehn geographische Bezirke und einen für die Nachtarbeiter einzuteilen. Alle Kollegen sollten sich am Organisationsleben beteiligen können. Eine Generalversammlung fand alle drei Monate statt, für die in den Bezirken Delegierte gewählt wurden.

Die technische Entwicklung in den 1890er Jahren trieb die fachlich-berufliche Differenzierung bei den Buchdruckern voran. Es wurden die Berliner Sparten für die Stereotypeure und Galvanoplastiker, Maschinensetzer und Kor-

rektoren, für Schriftschneider, gehörlose Buchdrucker und zeitweilig auch für die russischen Setzer gegründet. Sie sorgten für die berufsspezifische Verankerung. Für die Tarifpolitik wurden jeweils Zentralkommissionen gebildet.

Eingebundene Lehrlinge und vorbildliche Mitbestimmung

1920 gründete der Verband die Lehrlingsabteilung. Eine Lehrlingsordnung sah die Mitbestimmung der Gehilfen vor und galt bis in die 60er Jahre hinein als vorbildlich. Lehrlinge konnten – mit niedrigerem Status – Mitglied des Verbandes mit eigenen Gremien werden und in die lokalen Vorstände gewählt werden. Nach erfolgreichem Abschluss und Nachweis einer Arbeitsstelle durften sie als Vollmitglieder »übertreten«. Damit ließ der Verband die Ausgrenzungspolitik gegenüber dem eigenen Nachwuchs hinter sich.

Kritisierte Neutralität und kollegialer Zusammenhalt

In der großen Erschütterung des Ersten Weltkriegs, der die Mitgliedschaft halbierte, und auch vor der Auflösung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 blieben die Buchdrucker bei ihrem strikten Neutralitätskurs, der politische Fragen ausklammerte, sich nur um die beruflichen sowie tariflichen Belange und den kollegialen gewerkschaftlichen Zusammenhalt kümmerte – zum Teil scharf kritisiert, auch von eigenen Kollegen. Aber im Gegensatz zu anderen Verbänden verloren die Buchdrucker zu Beginn der 1930er Jahre nur zwei Prozent ihrer Mitglieder.

RECHERCHE: CONSTANZE LINDEMANN

Weltweit älteste Gewerkschaftszeitung

Auch mit DRUCK+PAPIER als weltweit ältester Gewerkschaftszeitung kann die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft auf eine Tradition von 150 Jahren zurückblicken: Im Januar 1863 erschien in Leipzig erstmals der »Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer« als Vorgängerorgan der heutigen ver.di-Branchenzeitung. Nach Fertigstellung des Verbandshauses zogen auch Redaktion und Druckerei nach Berlin um. Von den

**150 Jahre
DRUCK + PAPIER**

Nazis 1933 zerschlagen, erschien die Zeitung von 1949 an unter dem Namen DRUCK+PAPIER als »Zentralorgan« der neu gegründeten gleichnamigen Industrie-gewerkschaft. Seit der ver.di-Gründung 2001 firmiert DRUCK+PAPIER als »Branchenzeitung« und wird den Gewerkschaftsmitgliedern in der Druckindustrie, den Zeitungsverlagen und der Papierverarbeitung mit der ver.di-Zeitung PUBLIK im Einzelversand zugestellt.

Zum 150jährigen Bestehen sind geplant:

- eine kleine Ausstellung (gemeinsam mit derjenigen zum Jubiläum der Berliner Regionalorganisation der Buchdrucker) in der MedienGalerie,
- eine Jubiläumsausgabe, die am 5. Dezember 2012 in der MedienGalerie öffentlich präsentiert wird, und
- ein repräsentatives Geschichtsbuch von Dr. Rüdiger Zimmermann, das im Herbst 2013 erscheint.

Kontakt: drupa@verdi.de,
www.drupa.verdi.de, Telefon 030/6956-1076.



Voll des guten Geistes

Die Buchdrucker liebten Geselligkeit! Bereits 1835 hatten die Berliner den Geselligkeitsverein »Typographia« gegründet. 1879 riefen sie den »Gesangsverein Berliner Typographia« ins Leben, der als »Liedertafel Typographia« bis 1998 bestand. Es gab ein typografisches Orchester und einen Philatelistenverein.

Die Identifikation der Arbeiter im graphischen Gewerbe mit ihrem Beruf und Bestrebungen zur »künstlerischen und geistigen Ausbildung« mündeten 1862 in die Gründung des »Fortbildungsvereins für Buchdrucker in Leipzig«. Der gab ab 1863 den »Correspondent« her-

aus und setzte auf gewerkschaftliche Organisierung. In den 1870er Jahren wurden an verschiedenen Orten Typographische Gesellschaften gegründet, um die berufliche Weiterbildung zu unterstützen und der »Schmutzkonzurrenz« entgegenzuwirken. Aus ihnen entstand im November 1919 der »Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker«. Dieser richtete hauptamtliche Stellen ein, verlegte die »Typographischen Mitteilungen«, den »Buchdrucker Kalender«, die Lehrlingszeitschrift »Jungbuchdrucker« und Fachliteratur.

Für »Bücher voll guten Geistes und von schöner Gestalt« zu erschwinglichen Preisen wurde 1924 die Büchergilde Gutenberg gegründet. Bereits 1863 richtete der Berliner Verein eine eigene Bibliothek ein, die schnell über 300 Bücher verfügte. 1932 waren es mehr als 6.000 Bände.



Hörstücke jetzt auch in Englisch

Jüdische Geschichte in Berlin-Mitte nicht nur kennenlernen, sondern erleben



Das Projekt »Hörpol« ist jetzt drei Jahre alt. Mit 27 deutschsprachigen Hörstücken rund um Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit fing Ende Juni 2009 alles an. Seither können sich Interessierte – gemeint sind vor allem Jugendliche – an geschichtsträchtigen Orten in Berlin-Mitte aus dem Internet geladene Hörstücke zum Thema Antisemitismus über Handy oder MP3-Player anhören. Das Besondere daran sind nicht nur die von Prominenten und engagierten Menschen eingespielten, eingesungenen und gesprochenen Texte, sondern die Verknüpfung von erzählter Geschichte mit den realen Schauplätzen: Mit dem zugehörigen Stadtplan lässt sich eine selbstbestimmte Audioführung gestalten. So haben das die Macher um Journalisten Hans Ferez geplant, und so wurde es inzwischen tausendfach praktiziert: »Ich dachte zuerst, dass das Projekt nach anderthalb Jahren tot ist«, so Ferez – doch es lebt nicht nur, sondern erfreut sich heute mehr denn je des Interesses.

Würdigung gab es inzwischen auch: Das Projekt wurde 2010 mit

dem »Deutschen Bildungsmedien-Preis« geehrt und ist unter den zehn Finalisten für den »BKM-Preis Kulturelle Bildung 2012«. Bald wurde die Frage nach englischsprachigen Versionen der Audiodateien laut. Seit Juni sind diese nun auf hoerpol.de zum Download freigegeben.

Die Hörstücke sind trotz des ernsten Hintergrundes und notwendiger historischer Tiefe modern und ohne erhobenen Zeigefinger umgesetzt. Variierend als Theaterszenen, Radiosendungen oder musikalisch aufbereitet und von Künstlern wie Herbert Grönemeyer oder Tom Schilling gestaltet, bieten die Hör szenen auch

Schulklassen und Touristen eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Schauspieler wie Axel Prahl, Hartmut Becker oder David Kross unterstützen das Projekt und leihen ihm ihre Stimme. Auch Zeitzeugen kommen zu Wort. In »Foto« erzählt etwa die Auschwitz-Überlebende Frieda Gottesmann von der Bedeutung der Erinnerungen und wie man mit ihnen umgeht. Als Frieda mit 20 Jahren nach Auschwitz deportiert wurde, waren ihre Eltern längst ermordet. Als einzige Erinnerung an ihr altes Leben bewahrte sie einige Fotografien. Doch auch diese wurden ihr genommen und vernichtet. Durch Zu-

HÖRPOL

fall bekam sie später von einer Leidensgenossin ein Klassenfoto geschenkt. Keine der Klassenkameradinnen hat überlebt.

Was motiviert so viele unterschiedliche Menschen, sich in »Hörpol« einzubringen? Fragt man Schauspieler Hartmut Becker, so ist die Antwort eindeutig: »Ich bin ein Kriegskind, habe das Ende des Grauens erlebt. Das hat mich natürlich geprägt, und Geschichte war mein Lieblingsfach. Der zweite Grund ist mehr emotional. Wir haben in Auschwitz einen Film gedreht, und als ich das erste Mal im Kostüm durch das Lager ging, konnte ich nichts mehr essen. Ich hatte natürlich die historischen Bilder vor Augen. Es war eine wichtige Erfahrung für mich als Deutscher, dort gearbeitet und das Gesehene zu haben.«

So wie Hartmut Becker möchten viele Mitwirkende dazu beitragen, Sensibilität und Empathie für diesen Teil der deutschen Geschichte zu schaffen und auch an kommende Generationen weiterzugeben. Zum dritten Geburtstag darf man dem ungewöhnlichen und selbstgestaltbaren Weg durch die deutsch-jüdische Geschichte weiter Erfolg und nun auch den englischsprachigen Stücken weiter große Nachfrage wünschen. Ausprobieren geht über Studieren!

JULIA HEISE



Auf die einzig Überlebende weist der Pfeil...

Foto: Hörpol-Archiv

Riccardo V. sitzt an einem Sommertag im Berliner Sony Center um auszuruhen. Der seit 2007 in Berlin lebende italienische Journalist arbeitet mit dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg an einem Projekt über Rassismusprofile in Deutschland, hat dafür Fotos im öffentlichen Raum am Potsdamer Platz aufgenommen. Seine Kamera liegt ausgeschaltet neben ihm. Was dann passiert, zählt Riccardo »leider auch zum Rassismus« und schildert es so: Neben ihm ging ein Sicherheitsmann rigoros gegen einen alten Mann vor und verjagte diesen vom Platz. Als sich der Fotograf mit der Frage einmischt, warum er so aggressiv sei, wendet sich die Aggression gegen ihn. Herbeigerufene Security-Verstärkung beschuldigt ihn des unerlaubten Aufnehmens von Bildern zu gewerblichen Zwecken vom Sony Center und verlangt, die Fotos zu kontrollieren. Riccardo lehnt das ab, er sei Journalist und legitimiert sich mit seinem Presseausweis:

Scheißegal – zurück in Dein Land?

Italienischer Journalist respektlos behandelt

»Presse ist doch frei in Deutschland – oder?«, fragt er. »Scheißegal«, wird ihm bedeutet, er müsse in sein Land zurückkehren.

Die inzwischen herbeigerufene Polizei überprüft, dass der Fotograf keine Bilder vom im Privateigentum befindlichen Sony Center aufgenommen hat. »Trotzdem wollten sie wohl demonstrieren, dass ich Unrecht hatte«, erinnert sich Riccardo. Das Problem sei sein Deutsch. Er hätte angeblich nicht verstanden, was die Männer von der Sicherheit sagen wollten. »Ja, vielleicht ist mein Deutsche nicht super, aber Aggressivität hat keine Sprache. Auf jeden Fall ist, »du müsst in dein Land zurückkommen« eine sehr klare Nachricht«, findet Riccardo und fragt: »Welche Freiheit habe ich als Journalist und Fotograf mit

italienischem und deutschem Presseausweis zu arbeiten, wenn Sicherheitsdienst und Polizei meine Bilder oder Videos kontrollieren und eventuell löschen können?« Wie könne Berlin eine touristische Attraktion sein, wenn Menschen, die an touristischen Orten arbeiten, Ausländer auffordern, in ihr Land zurückzukehren?

Riccardo hat bereits in Iran, Irak, Israel und Palästina gearbeitet – »dort hatte ich natürlich als Journalist einige Probleme, wurde aber mit Respekt für meine Arbeit behandelt, auch in den Schwierigkeiten«. In Deutschland fühle er sich »wie ein Krimineller« behandelt. Wenn das Projekt mit dem Migrationsrat beendet ist, will er »definitiv umziehen«. »Wenn ich hier bleibe, werde ich nie Teil von dieser Gesellschaft, weil ich Ausländer bin«,

ist sein durchaus bitteres Fazit. Auf seine an die Senatskanzlei gerichtete Beschwerde – um Antwort war der Berliner Bürgermeister gebeten – erhielt er eine höflich-nichtssagende Mail, in der der Vorfall bedauert und die Angelegenheit an die Senatsverwaltung für Inneres zur Klärung mit der Polizei weitergeleitet wurde. Riccardo hat bei der Polizei zudem eine Anzeige wegen Beleidigung gestellt. Er vermisst eine Entschuldigung. Stattdessen reagierte im Gegenzug ein Sicherheitsmann seinerseits mit einem Strafantrag wegen Beleidigung.

ver.di hat die Rechtsvertretung für den italienischen Fotografen übernommen. Der Rechtsanwalt hat Einsicht in die Unterlagen beantragt. Entscheidungen stehen noch aus. B.E.

Ausflug in die Vergangenheit

Neue Strittmatter-Biografie beleuchtet ein Leben voller Widersprüche

Das Buch kam pünktlich zum 100. Geburtstag des Literaten. Und fast 100 Seiten ihrer Biographie widmet Annette Leo dem Kriegserleben Erwin Strittmatters. Das betrifft einen Ausschnitt von nur fünf Jahren eines immerhin 82jährigen Lebens. 1912 geboren, starb der Autor 1994 in seinem brandenburgischen Domizil Schulzenhof bei Dollgow. Kaiserzeit – Weimarer Republik – NS-Zeit – DDR

KRIEGSTRAUMA UND ANDERE VERSTÖRUNGEN

– vereinigtes Deutschland. Er hat aus äußerst verschiedenen Phasen deutscher Geschichte Impulse empfangen und verarbeitet.

Doch Enthüllungen über Strittmatters Zeit beim Gebirgsjägerregiment 325 (dem das Polizeiregiment, in dem Strittmatter diente, eingegliedert worden war) haben zuletzt für Aufsehen gesorgt. Es ist also nicht nur dem wissenschaftlichen Interesse der Historikerin Annette Leo geschuldet, dass sie gerade diese Phase genauer zu rekonstruieren sucht. Das Gebirgsjägerregiment 325 hat marodiert, gebrandschatzt, exekutiert, Partisanen bekämpft, die Zivilbevölkerung zur Geisel und zum Opfer von Racheakten werden lassen. Am Marodieren muss Strittmatter sich laut Leos Recherche beteiligt haben, Exekutionen hat er sich offenbar verweigert und den Posten des Kriegsberichters angestrebt.

Die Autorin bezieht im Hintergrund das seinerzeit von ihren Eltern Erlebte ein, die Opfer des Faschismus waren und nach dem Kriege die DDR gemeinsam mit Menschen aufbauten, von denen sie während der NS-Zeit vermutlich verfolgt worden wären. Diese Art Doppelbelichtung könnte für eine ganz andere Art von Betroffenheit der Leser und Leserinnen von Strittmatter-Büchern sorgen.

Dennoch wird man aufatmen, wenn im Buch endlich von anderem die Rede ist. Für die DDR-Zeit ist eruiert, wo und inwieweit sich Strittmatter nun diktatorischen Attitüden in Werk und Leben widersetzt und wo er Privilegien genoss. Das literarische Werk (und der Umgang mit den Pferden) gaben ihm Sinn, zumal er viel Bestätigung durch sein ebenfalls Orientierung suchendes Publikum und durch seine dritte Frau, die Dichterin Eva Strittmatter (quasi seine persönliche Lektorin und Kritikerin), erhielt.

Leo beschreibt, dass der Schriftsteller allerdings darunter litt, sich den Widerstandskämpfern nicht gleichberechtigt fühlen zu können. Als 1956 der Terror des Stalinismus offenbar wurde, suchte er das Empfinden persönlicher Defizite mit der Frage nach dem Widerstand der deutschen Kommunisten gegen den Stalinismus zu kompensieren.

Den Strittmatterschen Kriegstraumata haben sich zeit seines Leben immer neue Verstörungen verbunden. Diese Erfahrung teilt er mit vielen seiner Generation. Bei ihm kommt das Dilemma des Schreiben-

den hinzu und das des Vielliebenden, auch von daher innerlich Zerrissenen.

Die Biografin lässt ihm Gerechtigkeit widerfahren, selbst dort, wo der Literat im häuslichen Bereich als jähzorniger Despot erscheint und eigene Kinder als »Zeitfresser« zur Schwiegermutter nach Neuruppin verbannt. Leo verweist auf Strittmatters Vater, der nach der Heimkehr aus dem 1. Weltkrieg von Anfällen des Jähzorns übermannt wird. Fakt ist, dass Strittmatter kaum fähig war, bis ins höhere Alter seinen Kindern aus den verschiedenen Ehen in fairem Austausch zu begegnen. Wenn die Biografin daran erinnert, dass Strittmatter beklagte, er habe sich 1933, 1945 und auch noch 1989 entschuldigen sollen, weist sie auf Dilemmata deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert. Die Sprachlosigkeit nach dem Kriege belastete selbst folgende Generationen. Die deutsche Teilung schuf wiederum Ideologien als Ventile, die neue Hierarchien und neues Unrecht entstehen ließen.

Es ist das besondere Plus dieses Buches, dass es zugleich die verwickelten gesellschaftlichen deutschen Verhältnisse betrachtet und die Schwierigkeit, sich individuell darin zu verorten. Mit dieser Biografie schreibt sich Leo an ein Leben voller Widersprüche heran. Nachdenklichkeit bleibt vor allem, weil mehr als ein Lebensweg nachvollzogen wird.

DORLE GELBHAAR

Annette Leo »Erwin Strittmatter. Die Biographies«, Aufbau Verlag Berlin 2012, 447 Seiten, 24,99 Euro, ISBN 978-3-351-03359-8



IN EIGENER SACHE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da das Sprachrohr, das offizielle Informationsblatt des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie, nur fünfmal im Jahr erscheint, werden aktuelle Informationen des VS auch über eine E-Mail Verteilerliste versandt. Wer noch nicht in dieser Liste steht, aber aufgenommen werden möchte, kann das der Geschäftsstelle unter anke.jonas@verdi.de mitteilen. Die jeweilige E-Mail Adresse wird dann in den VS-Verteiler aufgenommen.

LESENSWERT

Neuerscheinungen von VS-Mitgliedern

Doris Bewernitz »Wo die Seele aufblüht« Verlag Kreuz, ISBN: 978-3-451-61000-4

Thomas J. Hauck »Berlin, Moabit-Blues« Erzählung, Kyrene Literaturverlag Wien/Innsbruck, ISBN: 978-3-902783-04-0

Ulrich Karger, Peter Karger, »Herr Wolf kam nie nach Berchtesgaden – Ein Gedankenspiel in Wort und Bild«, Edition Gegenwind BoD, Norderstedt 2012, ISBN: 978-3-8482-1375

Reinhard Kaul »Hart an der Grenze-Directors Cut«, Roman, tradition-Verlag, ISBN: 978-3-8491-1727-6

Maria Kolenda »Vom Liebesleben der Stechpalme«, Gmeiner Verlag 2012, ISBN: 978-3-8392-1293-6

Gunnar Kunz »Schnatzelschnapf! oder: Wie kommt die Welt in meinen Kopf« Kinderbuch für Kinder von fünfneun Jahren. Verlag Monika Fuchs, ISBN: 978-3-940078-32-2

Astrid Vehstedt »Sonarium Labyrinth«, fhL-Verlag Leipzig, Kriminalroman, ISBN: 978-3942829069

AUFEINANDER ZUGEHEN

Der »Lübecker Autorenkreis und seine Freunde e.V.« startete Ende August unter dem Motto »Kennenlernen – aufeinander zugehen« seine jährliche Litera-Tour nach Frankfurt/Oder. Inhaltlicher Schwerpunkt war Heinrich von Kleist. Neben dem Stadtrundgang und Ausflügen in die Umgebung stand auch die gemeinsame Lesung von Lübecker und Brandenburger Autoren auf dem Programm. Der Direktor des Kleist-Museums Dr. Wolfgang de Bruyn (Foto li.) öffnete sein Haus für das Treffen von Poeten aus Ost und West, die einem aufmerksamen Publikum im Wechsel ihre Texte vorstellten. Neben Klaus Rainer Goll (re.), dem Vorsitzenden des Lübecker Vereins, und Carmen Winter (Mitte), der Brandenburger VS-Vorsitzenden, lasen auf Lübecker Seite Regine Mönkemeier und Jürgen Schwalm sowie Sonja Daemen (Fürstenwalde), Jürgen Leskien (Kleinbeuthen) und Till Sailer (Bad Saarow). Bei einem gemeinsamen Spaziergang auf der Oder-Insel Ziegenwerder wurde auch darüber nachgedacht, wie die anregende Frankfurter Begegnung in Lübeck eine Fortsetzung finden kann.



Foto: VS

Die ihre Haut zu Markte tragen

Von Profis und Dilettanten: Komische Oper diskreditiert Kleindarsteller



st wer in einer Monteverdi-Oper lediglich mit Stringtanga, High Heels und einer Halterung für zwei große Rückenflügel auftritt, so gut wie nackt, halb nackt oder bekleidet? Die Antwort bedeutet für Kleindarsteller an der Komischen Oper weniger eine Geschmacks- als eine Geldfrage. Um ihre Bezahlung geht es jetzt öffentlich. Zwei Artikel in der »Berliner Zeitung« im Sommer haben eine überfällige Debatte angeheizt: Komparsen machen auf schlechte Entlohnung und mangelnde Wertschätzung aufmerksam. Noch brodelt es vorrangig hinter den Kulissen.

Darsteller des Kleinen Fachs haben an der Komischen Oper traditionell einen hohen Stellenwert. Zu Felsensteins Zeiten gehörten sie fest zum Ensemble, mittlerweile arbeiten die rund 40 Kleindarsteller frei, aber auf Lohnsteuerkarte, übernehmen größere oder kleinere Aufgaben: spielen, singen, tanzen, wirbeln, tragen Requisiten umher und sind – wie im Erfolgsstück »Kiss me Kate« oder in der Monteverdi-Trilogie – wesentlicher Teil der Inszenierung. Dass sie auch recht viel nackte Haut zu Markte tragen, war nicht zuletzt der Boulevardpresse Großaufnahmen wert. Der Oper dürfte die günstige Reklame recht gewesen sein. Den Umgang mit den Kleindarstellern hat



Das Visuelle peppt die Oper auf – Kleindarsteller tun das auch. Foto: drama – berlin.de

das nicht geändert. Sie beklagen dramatisch gesunkene Honorare. 2005, so Betroffene, habe es einen schmerzhaften Einschnitt gegeben. Stück- oder Spielzeitverträge wurden abgeschafft: »Es gibt keine Verträge mehr und keine Gagen-Verhandlungen. Die Probenzeiten erfragen wir meist am Abend vorher auf einem Anrufbeantworter. Was wir verdient haben, erfahren wir am Monatsende.« Gesichert sind 18 Euro pro Vorstellung für jeden, der für ein oder zwei Akte in Kostüm und Maske beschäftigt ist und kleinere Serviceleistungen mit übernimmt. Mehr gibt's für Auftritte, die Sprechen, Raufen, Fechten oder Gesellschaftstanz erfordern oder in denen Sänger gedoubelt werden. 35 Euro darf erwarten, wer kleine Soloauftritte, große Ballettaufgaben oder Akrobatik ab-

liefert. Für schweres Tragen, langes Schminken oder eben Nacktauftritte sind Zulagen vorgesehen. Proben werden für drei Stunden pauschal mit 18 Euro vergütet. Operndirektor Philip Bröking hält sich laut »Berliner Zeitung« zugute, »Wildwuchs gestoppt und einen Honorarkatalog erfinden« zu haben, »absolut fair, transparent«. Im Übrigen handele es sich bei der Kleindarsteller-Tätigkeit »um ein bezahltes Hobby«.

Das mag, wenn überhaupt, für Schüler oder Rentner zutreffen. Schon Studenten, für Massenszenen gern hinzugebucht, werden das Geld dringend für ihren Lebensunterhalt benötigen. Noch mehr gilt das für den festen Stamm von Kleindarstellern. Die Mehrzahl ist nicht nur routiniert, sondern auch künstlerisch gut ausgebildet – als Schauspieler, Musiker,

Tänzer oder Artisten. Ein solcher hat sich für die harte Probenwoche vom 20. bis 26. August eine Wochenarbeitszeit von 32,5 Stunden errechnet und einen Wochenlohn von 170 Euro verbucht. Effektiver Stundenlohn: 5,23 Euro brutto. Die Oper mag darauf verweisen, dass in der Spielzeit im Durchschnitt besser verdient wird. Doch Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder auch nur Arbeitszeit- und Pausenregelungen gibt es für die Kleindarsteller nicht. »Man führt zwar Sozialversicherungsbeiträge für uns ab, das suggeriert ein juristisch korrektes Arbeitsverhältnis. Praktisch werden wir aber wie Tagelöhner behandelt und können nicht einmal die Künstlersozialkasse nutzen«, kritisiert ein weiterer Kollege. Das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz verlangt einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Praxis an der Oper sei also rechtswidrig. Sabine Schöneburg, zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretärin, setzt hinzu, dass die Komische Oper jährlich mit 31 Millionen Euro subventioniert wird. Sie möchte mit dem Haus einen Honorarkatalog für Kleindarsteller verhandeln, der den Namen verdient. Ein Vorschlag liegt seit längerem bereit. Doch im September ließ man neuerlich wissen, dass man ver.di nicht als Verhandlungspartner akzeptiert.

Immerhin gab es am 1. Oktober ein Treffen des neuen Intendanten Barrie Kosky mit den Kleindarstellern. An Gesprächsstoff dürfte es nicht gemangelt haben. Und Die Linke hat, so ihr kulturpolitischer Sprecher Wolfgang Brauer, Ende September im Abgeordnetenhaus eine Kleine Anfrage zur Situation der Kleindarsteller gestellt. Der Senat musste innerhalb von 14 Tagen antworten... NP

Glückwunsch, liebe Silvia Brendenal, zu Ihrem Ritterschlag als »Chevalier de l'ordre des Arts et des Lettres«. Der 1957 vom französischen Kulturminister gestiftete französische Orden für Künste und Literatur, für deren Stufen eine weibliche Namensentsprechung offenbar nicht vorgesehen war, wurde der künstlerischen Leiterin der Berliner Schaubude vom französischen Kulturminister Frédéric Mitterrand zuerkannt.

Das grün emaillierte doppelte Kreuz mit acht Armen – für die Chevaliers mit einer silbernen Arabeske versehen – wird für das »Schaffen im künstlerischen oder literarischen Bereich oder einen Beitrag zur Ausstrahlung der Künste und Literatur in Frankreich und die Welt« verliehen. Silvia Bren-

Madame le Chevalier

denal erhielt es für »außerordentliche Verdienste um die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich«, würdigte die französische Botschaft. »Der Orden ist eine überraschende, schöne Anerkennung«, freut sich die Künstlerin.

Seit 1997 leitet Theaterwissenschaftlerin und ver.di-Mitglied Brendenal die 1993 gegründete Schaubude. Mit ihrem kleinen Team hat sie die Bühne bei Berliner Zuwendungen auf gekürztem Niveau und im ständigen Ringen um zusätzliche Projektmittel – wobei das Institut française die französischen Gastspiele im Haus unterstützt – zu einer der

besten Bühnen für Puppen-, Figuren- und Objekttheater gemacht. In das künstlerische Konzept fließen immer wieder Inspirationen ein, die Brendenal aus ihrer Zusammenarbeit mit französischen Künstlern, Theatern und Hochschulen schöpft. Regelmäßig lädt sie selbst zu Festivals wie dem des jungen Puppen-, Figuren- und Objekttheaters in ihr Haus ein.

Dass es Objekttheater ohne Worte für Kinder von 2 bis 5 Jahren gibt, knüpft an eine in Frankreich begründete Richtung des Puppen- und Figurentheaters an. Anfang Oktober stand wieder ein französisches Gastspiel mit der Compagnie Lili Désas-

tres auf dem Spielplan: Voll kleiner NICHTSe, Plein de (petits) riens.

»Bonne chance!«, chère Madame le Chevalier, für Sie und die Zukunft Ihres Theaters! B. ERDMANN



Chevalier Brendenal

Foto: privat

Endlos, doch vorbei wie im Flug

Fachgruppe Bildende Kunst gestaltet neue Ausstellung ZEIT RÄUME

Am 27. September wurde in der MedienGalerie die Ausstellung Zeit Räume eröffnet, die noch bis 16. November Werke von zwölf Mitgliedern der Fachgruppe Bildende Kunst Berlin-Brandenburg präsentiert. Wir sprachen mit der Malerin Barbara Salome Trost, die die Schau neuerlich mit vorbereitet hat.

Nach den vier »Elemente«-Schauen in den vergangenen Jahren habt Ihr Euch nun Raum und Zeit als Motto zugewandt. Wie kam es dazu?

Wir haben zusammen gesessen und überlegt, Themen diskutiert. Schließlich befanden wir ZEIT RÄUME als ein großes, viele Interpretationsmöglichkeiten darbietendes Thema. Außer-

dem passt der Titel an sich als Wortspiel auch gut zu unseren bisherigen Themen und Ausstellungstiteln.

Gab es erneut rege Beteiligung an der Ausschreibung? Und welche Werke hat die Fachgruppen-Jury ausgewählt?

Ja, erfreulicherweise fand die Ausschreibung regen Zuspruch. Die Jury hat sich viel Zeit genommen, um aus den eingereichten Werken auszuwählen. Schließlich haben wir uns für Arbeiten entschieden, die das Thema ZEIT RÄUME vielschichtig wiedergeben. Andreas Jähmig zeigt Radierungen, die sich mit der Wendezeit auseinandersetzen, das Thema Aufblühen und Vergehen liegt den Aquarellen und Zeichnungen von Gerdi

Sternberg und Silvia Mack zugrunde. Beate Spitzmüller präsentiert »24 Stunden Zeichnungen« mit dem Titel »Daily Drawings«. Karoline Koepfel, deren Bild »Von 10 zu 10 Sekunden« auf der Einladungskarte abgebildet ist, beschäftigt sich mit dem Druck der Zeitknappheit. Andreas Haltermann zeigt eine sehr poetische Arbeit mit dem Titel »1,86.400 eines mittleren Sonnentages«...

Von Dir war bei den Vernissagen bisher immer Erstaunliches zu Themen wie Wasser, Feuer, Luft oder Erde zu hören. Ist Dir ähnlich Hintergründiges für die »ZeitRäume«-Einführung eingefallen?

Ich versuche immer, dialektisch Gegensätzliches zu beleuchten, aber auch die kleinen und großen Wunder komplexer Phänomene nicht außer Acht zu lassen. Diesmal frage ich zum Beispiel, wie wahrnehmbar überhaupt Zeit ist, die die Fähigkeit besitzt, sich »endlos hinzuziehen« und »zu vergehen wie im Flug«? In welchen Dimensionen messen wir Zeit? In welchen Zeit Räumen denken wir? Ist es uns überhaupt möglich, die Zeit gänzlich zu erfassen, die Dimensionen von Zeit Räumen zu ermessen? Was wird sein in einer Milliarde Jahren, wenn der Andromeda-Nebel auf die Milchstrasse trifft? Oder ich erinnere daran, dass um uns herum so vieles unserer Auffassungsgabe entgeht, weil es einfach zu schnell passiert: Während der Dauer eines Lidschla-



Barbara Salome Trost

Foto: C.v.P./transit

ges schnell die Zunge des Chamäleon aus seinem Maul und schnappt seine Beute. Schließlich überlege ich, welche Zeiträume wir persönlich überblicken, woran wir uns warum erinnern...



Und welchen Tipp gibst Du den hoffentlich zahlreichen Ausstellungsbesuchern?

Ich würde mir wünschen, dass die Ausstellungsbesucher sich mit viel ZEIT in unseren Ausstellungs-RAUM begeben und sich auf die sehr unterschiedlichen Werke der Künstlerinnen und Künstler einlassen. Die Werke in der diesjährigen Ausstellung sind spannungreich und feinsinnig, sie sollten den Betrachter reizen, sich konzentriert und ausgiebig auf sie einzulassen. FRAGEN: NEH



Immer unter Zeitdruck

Bild: Karoline Koepfel

AKTUELL: HISTORISCHES IN DER KUNST

»Vom Preußenschlag zum Reichstagsbrand« heißt eine Ausstellung der Bundesfachgruppe Bildende Kunst und der Fachgruppe bildende Kunst Berlin-Brandenburg, die am 28. September in der ver.di-Bundesverwaltung eröffnet wurde. Der »Preußenschlag«, der Putsch der Reichsregierung Papen gegen die sozialdemokratische preußische Landesregierung, jährte sich gerade zum 80. Mal. Er wird in der Kunstschau als Ausgangspunkt für Hitlers Machtübernahme und das braune Ermächtigungsgesetz gesehen, das ihn legitimierte, mit Terror und Verboten gegen politische Gegner vorzugehen und demokratisch gewählte Parteien auszuschalten.

Die Ausstellung nähert sich der historischen Problematik künstlerisch. Die zum Thema gestalteten Bilder und Tafeln sind bis 30. Oktober werktags von 10 bis 18 Uhr in der Galerie im Lichthof der ver.di-Zentrale zu besichtigen. Dieter Ruckhaberle moderierte die Eröffnung der Schau. Es sprachen Frank Bsirske und Gregor Gysi sowie weitere Politiker und Historiker. Sie hoben die aktuelle Bedeutung der historischen Geschehnisse hervor. Im Interesse von Demokratie und Frieden sei es nötig, sich weiter mit ihnen auseinanderzusetzen.



Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

Die Messen sind noch nicht gesungen

Ausführungsvorschriften über Honorare der Musikschulen in Kraft gesetzt



Am 1. August 2012 sind die umstrittenen Ausführungsvorschriften über Honorare der Musikschulen in Berlin (AV Honorare MuS) in Kraft getreten. Sie werden zunächst nur für den Abschluss neuer Verträge angewandt, für bereits bestehende ist eine Übergangszeit bis zum 1. April 2013 vorgesehen. Diese Frist ist kein Entgegenkommen der Senatsverwaltung gegenüber länger beschäftigten Lehrkräften, sondern der Tatsache geschuldet, dass die Verwaltung die Veränderungen nicht bis zum 1. August umsetzen konnte.

Im Vergleich zur ersten Fassung der AV hat es durchaus Nachbesserungen gegeben, die wesentlichen Kritikpunkte, die zu den massiven Protesten der Musikschullehrkräfte geführt haben, sind aber nicht ausgeräumt. So wird es mit den neuen AV auch bei Einzelunterricht kein Monatsstundenhonorar mehr geben, dieses wird durch Einzelstundenvergütung ersetzt. Diese wird allein durch Unterrichtsausfall an Feiertagen, durch



Aufgespielt! Angemessene Honorare müssen her!

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Klassenfahrten u.ä. das Einkommen der Lehrkräfte erheblich mindern. Auch ist ausgefallener Unterricht, der durch den Schüler zu vertreten ist, nachzuholen, es sei denn, eine Absage ist nicht oder nicht rechtzeitig erfolgt.

Zwar ist in den AV festgeschrieben, dass die Honorarsätze der Entwicklung der tariflichen Entgelte für die Angestellten des Landes Berlin folgen. Allerdings erfolgt diese Anpassung erst zum 1. August des darauffolgenden Kalenderjahres – mit der Folge, dass im schlechtesten Fall die Honorare mehr als eineinhalb

Jahre später erhöht werden als die Gehälter der Angestellten des Landes Berlin. Die vorgesehene Honorierung für Zusatz Tätigkeiten wie Prüfungsabnahmen u.ä. wäre zu begrüßen, wenn angemessene Honorare gezahlt würden. Mit einem Honorar-Rahmen von 7,16 Euro bis 10,33 Euro pro Unterrichtsstunde von 45 Minuten ist man davon weit entfernt. Die Empörung der Kolleginnen und Kollegen an den Musikschulen ist groß. Sie sind nicht bereit, weitere Verschlechterungen hinzunehmen, vielmehr geht es um die grundlegende Verbesserung der Situation

hochqualifizierter und hochmotivierter Lehrerinnen und Lehrer. Bereits auf der Mitgliederversammlung der ver.di-Fachgruppe Musik am 11. November 2011 wurde beschlossen, Verträge, die auf derartigen AV basieren, nicht zu unterschreiben. Lehrervollversammlungen vieler Musikschulen schlossen sich dem an.

Kollektive Verweigerung hat Anfang der 1980er Jahre, als die Situation ähnlich war, bereits einmal zum Erfolg geführt. Der Westberliner Senat musste damals einlenken, weil sich die Mehrzahl der Lehrkräfte nicht einschüchtern ließ und die Verträge nicht unterschrieb. Beigetragen hatte, dass die Musikschullehrerinnen und -lehrer öffentliche und prominente Unterstützung erfuhren.

An dieser mangelt es auch jetzt nicht. Die Schülerelementen, die Landeselternvertretung, der VdM, der Landesmusikrat, die Intendanten der großen Berliner Opern- und Konzerthäuser, die Berliner SPD, die Fraktionen der Grünen, der Linken und der Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus, der Ausschuss für Kultur und Bildung der BVV Spandau u.a. unterstützen die Forderungen der Berliner Musikschullehrkräfte vor allem nach Festanstellungen im pädagogischen Bereich und nach einem Tarifvertrag für diejenigen, die weiterhin auf Honorarbasis arbeiten werden. Die Messen sollten also noch nicht gesungen sein. ANJO.

Der Kandidaten-Check mit Social Media ist in den Personalabteilungen der Unternehmen längst angekommen. Bisher wurde bei Kündigungen oder Ablehnungen noch nicht mit Kommentaren auf Facebook und Twitter argumentiert. Aber man dürfe getrost davon ausgehen, dass Arbeitgeber diese Instrumente zumindest für ihr Hintergrundwissen benutzen, hieß es bei den 5. Cottbuser Medienrechtstagen, die sich in diesem Sommer mit »Social Media und IT-Kriminalität« beschäftigen.

30 Millionen Deutsche tummeln sich in privaten oder beruflichen Netzwerken wie Facebook oder Xing. Auf Facebook würden schätzungsweise sechs Milliarden Fotos pro Monat hochgeladen, bei Youtube etwa 72 Stunden Videomaterial pro Minute eingestellt, erklärte der Cottbuser Professor Karsten Weber, der wie sein Kollege, Veranstalter Eike Albrecht, und eine Reihe weiterer akademischer Referenten betonte, »facebookfrei« zu sein. – Anders die Medienanwälte, die sich auf verschiedenste Aspek-

Das Virtuelle schwappt ins Reale

Cottbuser Medienrechtstage: Social Media im Einsatz für Unternehmen



te wie etwa »zivilrechtliche Rechtspositionen beim Handel in virtuellen Welten« oder »Social Media im Arbeitsverhältnis« spezialisiert haben. Ein unbedachter Umgang mit privaten oder beruflichen Daten ist nicht mehr umkehrbar, warnten die Arbeitsrechtlerinnen Marion Bernhardt und Martina Jentsch.

Im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ist geregelt, was Arbeitgeber mit den so gewonnenen Daten anfangen dürfen. Bisher dürfen sie alle frei zugänglichen Erkenntnisse verwenden. Träte das als Regierungsentwurf vorliegende Beschäftigtendatenschutzgesetz (BDSGE) in Kraft, wäre die Re-

cherche in beruflichen Netzwerken wie Xing für Arbeitgeber weiter zulässig, die in privaten Netzwerken wie Facebook jedoch nicht mehr. Außerdem müssten Bewerber beispielsweise in Stellenanzeigen und Beschäftigte innerhalb der Unternehmen auf diese Suche hingewiesen werden.

Wenn Unternehmen Social Media für ihre Werbezwecke nutzen wollen, dann, so Medienrechtsanwalt Heralt Hug, bitte richtig. Die Betreuung solcher Seiten sei keine Aufgabe für Praktikanten. Dafür brauche es Profis, die nicht nur die klassische Öffentlichkeitsarbeit sondern auch die Netzsprache verstehen. »Unternehmen, die Social Media nur halbherzig betreiben, scheitern«, sie ernten den »Shitstorm«. Unternehmen, die wie Nestlé wegen eines Videos von Greenpeace gegen Youtube vorge-

hen oder Fanseiten schließen, sind innerhalb der Netzgemeinde der Lächerlichkeit ebenso preisgegeben wie Jack Wolfskin, der gegen Katzenpfoten auf einem Internet-Portal für Handarbeiten klagt – von der taz-Pfote ganz zu schweigen.

Wer sich auf dieses Feld begibt, muss mitspielen, auch wenn es in eine andere Richtung läuft als erwartet. Beispiel: Otto sucht ein neues Katalog-Girl. Ein junger Mann schickt als »Brigitte« sein Bild an die Facebook-Seite des Versands und wird gewählt. Die Firma reagierte mit Humor: »@Brigitte: Aus dieser Nummer kommst du nicht mehr raus.« Der junge Mann musste für den Katalog posieren – vom Nikolaus-Girl bis zur Abendrobe. Viele User amüsierten sich prächtig und posteten: »Otto – find ich gut!«

SUSANNE STRACKE-NEUMANN

MEDIENGALERIE

Ausstellung: ZEIT Räume der Fachgruppe Bildende Kunst läuft noch bis 16. November (siehe S. 13). Danach startet eine Schau zu den Jubiläen 150 Jahre Berliner Buchdrucker-Gewerkschaft und 150 Jahre Zeitschrift »Correspondent« (siehe Mittelseiten). Kolleginnen und Kollegen, die Material aus privaten Archiven dazu beisteuern können, werden gebeten, sich Donnerstag nachmittags unter Tel. 77 00 80 01 zu melden. www.mediengalerie.org

MEDIEN

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien i. d. R. an jedem zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im »Max und Moritz«, Oranienstraße 162, 10969 Berlin, nächster Termin siehe www.dju-berlinbb.de

Tagesseminar: »Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler« am 20. November 2012. Es werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen der freiberuflichen Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen vermittelt, Teilnehmer sollen Chancen sowie Risiken von Selbstständigkeit beurteilen können. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten (z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgeld), Anmeldeformalia, soziale Absicherung für Freie (Künstlersozialkasse) betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen. Referent: Bernd Hubatschek. *Zeit & Ort:* 9.30 bis 16.30 Uhr, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Anmeldung: E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Tel.: 030 / 88 66-41 06, Gebühren: ver.di-Mitglieder zahlen 13, Nichtmitglieder 50 Euro.

Seminar: »Layout mit InDesign CS 6 Aufbaukurs« am 8./9. Dezember 2012. In dem zweitägigen Seminar der Linken Medienakademie e.V. werden erweiterte Funktionen und spezielle Arbeitstechniken der aktuellen Version von Indesign vermittelt. Der Workshop richtet sich an fortgeschrittene Nutzer von InDesign ab Version CS3. Ziel des Kurses ist es, das Programm effizient für die Erstellung von Print-Layouts zu nutzen, um anspruchsvolle Gestaltungsaufgaben lösen zu können. Die TeilnehmerInnen erlernen zeitsparende Funktionen wie die Erstellung von Inhaltsverzeichnissen, das automatische Formatieren langer

Texte und weitere Techniken zum Vereinfachen und Rationalisieren des Workflows. Notebook (mit Microsoft Windows XP oder höher / Mac OS X 10.6 oder höher), Maus und Mehrfachstecker/Verlängerungskabel bitte mitbringen. Testversionen der Software und ausführliche Kursunterlagen werden bereitgestellt. Workshop in Kooperation mit Daniel Leisegang und Jacqueline Moschkau; 10 bis 18 Uhr, Kleiner Münzenberg Saal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Kosten: 20 Euro für dju-Mitglieder, mit Mittagessen. Tickets unter: www.amiando.com/layout-aufbau

BILDENDE KUNST

Mitgliederversammlung am 14. November 2012, 17 Uhr, in der MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin (U-Bahnhof Platz der Luftbrücke, Bus 104)

Ausstellung: »Vom Preußenschlag zum Reichstagsbrand/Ermächtigungsgesetz« Gemeinsame Ausstellung der Bundesfachgruppe Bildende Kunst in ver.di und der Fachgruppe Bildende Kunst Berlin-Brandenburg in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, 29. September bis 30. Oktober 2012, werktags von 10 bis 18 Uhr.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Umlandstraße (U 15) vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt.

VS Berlin: Mitgliederversammlung am Dienstag, 30. Oktober 2012, 17 Uhr, ver.di-Gebäude, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 6.06

VS Brandenburg: Mitgliederversammlung am Mittwoch, 7. November 2012, 14 Uhr, in der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Hessestraße 19, in 14469 Potsdam. Ab 16 Uhr »Wirklicher Ort. Wahre Geschichte« Kerstin Leitmeyer – Autorin und Malerin. Lesung und Gespräch (öffentliche Veranstaltung)

Anthologie – 2. Aufruf: Im Herbst 2013 – zehn Jahre nach der ersten Anthologie – soll ein neuer Band mit Beiträgen von VS-Mitgliedern erscheinen, wiederum in Zusammenarbeit mit dem Jaron Verlag und herausgegeben von Horst Bosetzky. Für »Die schrägsten Berliner Zehn-Minuten-Geschichten« suchen wir Texte über den ganz normalen

Wahnsinn, über Spinner und Normierte und den schmalen Grat zwischen Alltag und Absurdität, eben ausgefallene, originelle, skurrile Berliner Geschichten – schräg eben wie die Stadt, in der sie spielen und von der sie handeln – mit einem Umfang von maximal 10.000 Computerzeichen (inkl. Leerzeichen). Da die Mehrarbeit des Abtippens niemandem zuzumuten ist, können nur per E-Mail eingegangene Beiträge akzeptiert werden. Die Auswahl der Geschichten erfolgt durch den Herausgeber und den Verlag. Die abgedruckten werden mit 50 Euro für die 1. Auflage pauschal honoriert. Einsendungen bitte bis zum 31. Dezember 2012 an die Geschäftsstelle: vs.bb@verdi.de Betreff: Anthologie V.

FILM

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Rückfragen: Tel. 030-8 34 16 01, Evelin Gundlach.

VERLAGE, DRUCK & PAPIER

Vorstandssitzungen: Mitgliederoffene Vorstandssitzungen an jedem zweiten Mittwoch im Monat, 17.30 Uhr in der MedienGalerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10. Infos: 030/88 66-54 05.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der FG 10 am 2. Montag des Monats. Infos: Tel. 030-88 66-54 12.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Claudia Spreen, Tel.: 030 / 626 62 45, claudia.spreen@verdi-berlin.de und Martin Flamm, martin.flamm@verdi-berlin.de

SENIOREN

Senioren Ausschuss FB 8: Vorstandssitzung 15. Oktober, Mitgliederversammlung 29. Oktober, jeweils 11 Uhr, Raum 4.12, Köpenicker Str. 30 (gewerkschaftsöffentlich). http://bb.verdi.de/frauen_gruppen/senioren_und_senioren

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Dezember) um

14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

»Alte-Barden-Runde«: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant »Alter Krug«. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung am 17. Oktober 2012, 14.00 Uhr: Russland heute – was nicht in den Zeitungen steht. Vortrag und Diskussion mit Wolfgang Grabowski, Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer, 7. Etage, Saal Tucholski/Seghers

VERSCHIEDENES

ver.di-Chor: Probe jeden Dienstag von 18 bis 20.30 Uhr, ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Es wird noch Verstärkung gesucht. Kontakt: info@verdi-chor.de oder 030-69 56 28 01, Infos: www.verdichor.de

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66. nehrlich@pressebuero-transit.de

Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: apm AG Darmstadt
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

**Sprachrohr 5/2012 erscheint Anfang Dezember 2012
Redaktionsschluss am 5. November 2012**

Was branchenüblich ist, muss nicht rechtens sein

OLG Brandenburg brandmarkt laxen Umgang mit Autoren-Nutzungsrechten

Schweigen heißt nicht Ja-Sagen. So ähnlich könnte die Quintessenz eines Urteils lauten, mit dem das Brandenburgische Oberlandesgericht jüngst die Rechte freier Journalisten stärkte. Es urteilte darin weitgehend im Sinne eines langjährigen Mitarbeiters der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« (MAZ), der den Verlag wegen der unerlaubten Nutzung seiner Texte in einem Online-Archiv verklagt hatte.

Matthias Gottwald arbeitete von 1995 bis 2009 in wechselndem Umfang für die MAZ – mal als Pauschalist, mal als »Zeilenlieferant«, mal als Redakteur. Fleißig verfasste er Artikel um Artikel für die Tageszeitung, fast 1.600 Texte kamen so zusammen. Eine schriftliche Vereinbarung über Art und Umfang der freien journalistischen Tätigkeit gab es nicht, auch nicht über das Einräumen eventueller Nutzungsrechte. Gottwald lieferte seine Artikel ab und nahm dafür eine Pauschale bzw. Zeilenhonorar entgegen. Was der Autor nicht wusste: Im Sommer 2001 begann der Verlag, sämtliche in der Tageszeitung erschienenen Artikel in ein Online-Archiv einzustellen. Über die Existenz dieses Archivs informierte der Verlag die Mitarbeiter nicht, geschweige denn traf er mit ihnen Vereinbarungen über die Nutzungsrechte. Und weil den Journalisten zur Recherche ein weitaus praktikableres redaktionsinternes Intranet zur Verfügung stand, nutzte Gottwald den Internetauftritt der MAZ nicht. Dass seine Texte im öffentlich zugänglichen Archiv gelandet waren, erfuhr er erst 2008.

»In vielen Artikeln stecken Herzblut und Engagement. Dass sie billig verramscht werden, um den Internetauftritt aufzuhübschen, zeigt den geringen Wert, den der Verlag journalistischer Arbeit zumisst.« So erklärt Gottwald, der auch Vorsitzender des dju-Landesvorstands Berlin-Brandenburg ist, warum er diese unvergütete Zusatznutzung seiner Beiträge nicht akzeptieren wollte. Unterstützt von ver.di wehrte er sich zunächst außergerichtlich: Der Verlag wurde abgemahnt und aufgefordert, die Artikel nicht mehr in seinem Online-Archiv zu nutzen und eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. Die Texte wurden daraufhin zwar aus dem Archiv gelöscht, einer Unterlassungserklärung widersetzte man sich jedoch.

Im November 2010 reichten Gottwald und seine Anwälte beim Landgericht Potsdam Klage ein. Neben der Unterlassungsforderung machten sie Schadenersatz geltend. Das Argument: Im Unterschied zur Onlineausgabe einer Zeitung, die ständig aktuelles Zeitgeschehen widerspiegelt, handele es sich bei einem Online-Archiv eher um ein Nachschlagewerk, welches nicht dem Zweck einer Tageszeitung – tagesaktuell zu berichten – entspricht. Texte dort einzugeben stelle also eine gesonderte Nutzungsart dar, die mit den Tageszeitungshonoraren nicht gedeckt ist. »Wir hielten die Klage für aussichtsreich, weil keinerlei Rechte für eine Archivnutzung vereinbart worden waren«, erläutert Rechtsanwältin Carolin Auerbach.

Doch das Landgericht Potsdam folgte dem nicht. Im Verlagswesen sei es gängige Praxis, Nutzungsrechte automatisch zu übertragen. Auch im Fall Gottwald ging das Gericht von einer zumindest stillschweigenden Einräumung der Nutzungsrechte aus.

TEILERFOLG ERST IN ZWEITER INSTANZ

Erst in zweiter Instanz, beim Brandenburgischen Oberlandesgericht, fand der Kläger mehr Gehör: Die Richter folgten dem Argument, dass Nutzungen in einem Online-Archiv nicht vom Vertragszweck »Artikel für eine Tageszeitungsausgabe« gedeckt seien. Selbst wenn es branchenüblich sei, dass Journalisten Verlagen Gratis-Nutzungsrechte einräumen, reiche das allein nicht aus. Der Einzelne müsse immer auch ausdrücklich zustimmen. Auch wenn ein Urheber lange untätig bleibe – im vorliegenden Fall ging es ja um etliche Jahre – könne der Verlag daraus nicht schließen, dass Nutzungsrechte eingeräumt wurden. Das OLG sprach Gottwald den strafbewehrten Unterlassungsanspruch zu. »Das Urteil ist für alle Journalisten insofern relevant, dass Branchenübung allgemein – selbst wenn sie über Jahre erfolgte – nicht ausschlaggebend ist«, so Auerbach. »Das wird hoffentlich auch andere ermutigen, sich zu wehren.« Allerdings müsse man in jedem Einzelfall prüfen, ab wann eine Autorin, ein Autor wovon Kenntnis gehabt habe.

So weit, so gut. Weniger erfreulich: Die Schadenersatzforderung lehnte das OLG ab. Es könne nicht im Nachhinein eine Vergütung für die Artikel im Online-Archiv festsetzen. Erst wenn genau dargelegt werde, was für jeden einzelnen Artikel bezahlt worden sei, sei ein angemessener Aufschlag für die Zweitnutzung im Archiv berechenbar. »Die Bezahlung und die Belege dafür waren sehr unterschiedlich strukturiert. Ich bekam mein Geld mal im Rahmen einer Textpauschale und mal als Zeilenhonorar. Im Nachhinein lässt sich das nicht mehr aufschlüsseln«, so Gottwald. Deshalb sei nicht herzuleiten, welcher Schaden dem Kläger entstanden sei, argumentierte das Brandenburger Gericht.

Das OLG Hamburg hatte in einer ähnlichen Frage vor Monaten ganz anders entschieden: Im Falle einer

unerlaubten Onlinenutzung von Texten akzeptierte es die von der dju empfohlenen Honorare im Rahmen einer sogenannten Lizenzanalogie als Berechnungsgrundlage und hat dazu noch hundert Prozent Strafe draufgeschlagen.

Das OLG Brandenburg hat keine Revision zugelassen, allerdings besteht die Möglichkeit einer Nichtzulassungsbeschwerde. »Wenn zwei hohe Gerichte bei vergleichbaren Urheberrechtsfragen so unterschiedlich urteilen, bestehen da durchaus Chancen«, meint Matthias Gottwald. Sollte sich der Kläger dazu entschließen und damit Erfolg haben, ginge der Fall vor den Bundesgerichtshof: »Ich wünschte mir ein urheberfreundliches Urteil der höchsten Instanz, das festlegt, wie im Rahmen einer Lizenzanalogie Schadenersatz gezahlt werden kann.«

UTE CHRISTINA BAUER

ANZEIGE

Des Kaisers neue Kleider?



Lassen Sie sich nichts vormachen. Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2012 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel. 030/88 66-54 20, Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14.30, Do. 9 – 17 Uhr; www.dju-berlinbb.de